



Presseschau vom 15.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyen: "Cleverländ"-Kampagne – oder: Wie die Politik mündige Bürger zu Kleinkindern degradiert

Das Bundesland Baden-Württemberg will "zusammen Energie sparen". Dafür wird eine teure Kampagne entwickelt, die dem doofen Bürger erklären soll, warum er im Monat zu viel Geld verschwendet. Die wahre Not der Menschen – ausgehend von einer destruktiven Politik – wird so erneut ins Lächerliche gezogen. ...

<https://kurz.rt.com/36v4> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Kiews "großer Sieg" bei Isjum – Gedanken zur Wahrnehmung eines Krieges

Inzwischen sind die Ereignisse, die sich hinter dem angeblich so erfolgreichen ukrainischen Angriff bei Isjum verbergen, einigermaßen klar geworden. Es ist an der Zeit, eine etwas nüchternere Bilanz zu ziehen und sie auf ihr wahres Maß zu stutzen. Dies soll hier geschehen (Teil 1). ...

<https://kurz.rt.com/36wk> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Realitätsverweigerung und Blockbildung – von der Leyens Rede zur Lage der EU

In ihrer Rede zur Lage der EU entwirft Kommissionspräsidentin von der Leyen das Bild einer zweigeteilten Welt: Demokratien hier – Autokratien dort. Das wird den aktuellen Entwicklungen nicht gerecht. Sie überschätzt zudem das politische und ökonomische Gewicht der EU. ...

<https://kurz.rt.com/36ys> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Bundesregierung schweigt beharrlich zur Militäraktion Aserbaidshans gegen Armenien

Das Auswärtige Amt, wie auch sonstige Ressorts der Bundesregierung, schweigen zum aktuellen militärischen Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien. Noch Anfang September waren Bundeswehroffiziere im Verteidigungsministerium der Republik Aserbaidshan zu Gast. ...

<https://kurz.rt.com/36yp> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:32 de.rt.com: Côte d'Azur: Angreifer von zwei Ukrainerinnen ist kein Russe, sondern selbst Ukrainer

Zwei ukrainische Frauen sind am Sonntagabend an der französischen Mittelmeerküste von einem Mann zusammengeschlagen worden. Obwohl der Täter Russisch sprach, erwies er sich entgegen Vermutungen von Medien als ukrainischer Staatsbürger.

Am 12. September hat der Vizepräsident der Union der Ukrainer Frankreichs Wladimir Kogutjak über Facebook von einem Angriff auf zwei ukrainische Staatsbürgerinnen in Roquebrune-Cap-Martin an der französischen Côte d'Azur berichtet. Er veröffentlichte die

Fotos der Geschädigten und schrieb: "Zwei ukrainische Mädchen wurden von Russen zusammengeschlagen, weil sie ukrainische Musik gehört hatten."

Wie die ukrainische Zeitung Jewropejska Prawda weiter berichtete, waren die Geschädigten, eine Mutter und ihre Tochter, am 19. April aus der Stadt Isjum geflohen. Während sie am Abend des 11. September entlang der Uferpromenade von Roquebrune-Cap-Martin spazierten und ukrainische Musik aus dem Telefon anhörten, seien die beiden von einem Mann angegriffen und mehrmals geschlagen worden. Obwohl der Angreifer zum Zeitpunkt der Meldungen von Kogutjak und Jewropejska Prawda nicht gefasst wurde, wurde er kurzerhand zu einem russischen Bürger erklärt. "Als er sprach, haben wir alles verstanden", zitierte die Zeitung eine der Frauen.

Der Vorfall wurde von zahlreichen ukrainischen Medien weiter berichtet und teilweise zum Anlass genommen, um erneut ein EU-weites Visaverbot für russische Staatsbürger zu fordern. Indessen stellte es sich heraus, dass es sich beim Angreifer um einen ukrainischen Staatsbürger handelte. Dies meldete die Wohlfahrtsorganisation "Happy Life Planet", die sich unter anderem für Hilfe für die beiden Geschädigten einsetzt. In einer Story auf Instagram schrieb sie:



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632211a248fbef33b067de04.jpg>

"Gestern hat es sich bestätigt, dass es ein Ukrainer war. Er wurde verhaftet. Die Bekanntgabe des Familiennamens und Vornamens überlassen wir der Presse."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322126048fbef342f132d55.jpg>

Die zwei verletzten Ukrainerinnen

20:44 de.rt.com: **Scholz sieht keine Einsicht bei Putin, plädiert aber für Fortsetzung des Dialogs**

Bundeskanzler Olaf Scholz erkennt beim russischen Präsidenten Wladimir Putin keinerlei Änderung in seiner Haltung zum Ukraine-Krieg. Mit Blick auf sein 90-minütiges Telefonat mit Putin sagte der SPD-Politiker:

"Leider kann ich Ihnen nicht sagen, dass dort jetzt die Einsicht gewachsen ist, dass das ein Fehler war, diesen Krieg zu beginnen."

Es sei trotzdem richtig, miteinander zu sprechen und Putin die eigene Sicht der Dinge darzulegen, betonte Scholz.

"Denn ich bin fest davon überzeugt, dass Russland sich zurückziehen muss, seine Truppen zurückziehen muss, damit ein Frieden eine Chance hat in der Region. Und jeden Tag wird mir deutlich, dass das die einzige Perspektive ist."

In der Debatte um eine Lieferung von Kampfpanzern in die Ukraine schloss der Bundeskanzler deutsche Alleingänge erneut aus.

"Deutschland gehört zu den Ländern, die die Ukraine am meisten unterstützen: finanziell, humanitär, aber auch was Waffenlieferungen betrifft."

Die bereits zur Verfügung gestellten schweren Waffen seien "entscheidend für die Entwicklung des Konflikts im Osten der Ukraine" und hätten dazu geführt, dass die Ukraine "sehr sichtbar" ihr eigenes Land zu verteidigen in der Lage sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63221d3948fbef33b067de0d.jpg>

21:00 de.rt.com: EU will Heizen mit Holz einschränken – Kompromiss als "bedingt nachhaltige" Biomasse erzielt

Das EU-Parlament stimmte am heutigen Mittwoch darüber ab, ob die Energieholz-Nutzung nicht mehr als erneuerbar anerkannt werden soll. Gegen die Pläne regt sich jedoch Widerstand. Man einigte sich auf einen Kompromiss: Holznebenprodukte werden als "bedingt nachhaltig" eingestuft.

Am heutigen Mittwoch stimmte das EU-Parlament über eine Reform der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) ab. Nach Wunsch des EU-Parlaments soll Holz als Biomasse nun bedingt nachhaltig und somit förderfähig bleiben. Die Abgeordneten legten am Mittwoch ihre Position für Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten fest. Der Entscheidung zufolge werden Holznebenprodukte wie etwa aus Sägewerken, Schadholz und eine bestimmte Menge Primärholz, also hochwertiges Holz, als erneuerbare Energiequelle eingestuft.

Dem ursprünglichen Vorschlag zufolge sollte die Einstufung von Biomasse aus Primärholz als erneuerbare Energie ausgeschlossen werden. Die Durchschnittsmenge der Jahre 2017 bis 2022 soll nun doch angerechnet werden. Das EU-Parlament fordert auch eine schrittweise Senkung des Anteils von Primärholz als erneuerbare Energie bis 2030, womit auch der Ausbau von Holz und Biomasseanlagen eingeschränkt werden soll.

Im Vorfeld hatte es heftige Debatten gegeben, den der vorherige Entwurf sah vor, Waldholz künftig nicht mehr als erneuerbare Energie einzustufen. Zudem sollte die direkte Nutzung von Biomasse aus dem Wald bis zum Jahr 2030 auf ein von der Kommission noch vorzuschlagendes Level schrittweise reduziert werden. Inmitten Europas bislang schwerster Energiekrise stießen die Umweltschutzpläne des EU-Parlaments jedoch auf heftigen Widerstand.

In Europa zählt die Holzenergie mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent zu den bedeutendsten erneuerbaren Energieträgern. So trägt sie zwar nur wenig zur Stromproduktion bei, dafür aber umso mehr zur Wärmegewinnung, sei es in privaten Kaminöfen sowie Pelletheizungen, oder industriell genutzten Holzkraftwerken. Nun wollte die EU einen Teil des energetisch genutzten Holzes allerdings von der Liste regenerativer Energieträger streichen. Ausgenommen von der Reform wäre lediglich Holz, das etwa zur Brandprävention oder zur Schädlingsbekämpfung aus dem Wald geholt wird. Dabei zählt die Holzenergie in vielen Bereichen zu den günstigsten und gleichzeitig auch wenigen technisch umsetzbaren Lösungen zum Ausstieg aus fossilem Erdgas.

Derartige Nutzung sogenannter "primärer holzartiger Biomasse" sollte nach den Plänen des EU-Parlaments gemäß ihrem Vorhaben aber offenbar ein Riegel vorgeschoben werden. Und das ausgerechnet in Zeiten, in denen das Heizen mit Gas oder Öl aufgrund der anhaltenden Energiekrise für viele der in Europa lebenden Menschen nahezu unbezahlbar wird. Auf der Suche nach kostengünstigeren Heiz-Alternativen entscheiden sich derzeit deshalb viele für den Kauf eines Ofens. Auch in Deutschland ist die Nachfrage nach Kaminöfen und den für deren Betrieb benötigten Brennstoffen zuletzt massiv angestiegen. Denn auch hierzulande möchte niemand frieren.

Mit einem Kamin kann während einer Gasmangellage oder eines Stromausfalls zumindest ein Teil des Hauses warm gehalten werden, denken viele. So sehen die Menschen die Holznutzung in erster Linie als Notlösung, die allerdings umweltschädlich ist. Und genau das ist Brüssel ein Dorn im Auge. "Wir wollen nicht, dass die Verbrennung von Bäumen in diesem Jahr noch mehr unterstützt wird", erklärte der französische EU-Abgeordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses, Pascal Canfin (Liberale) im Vorfeld. Würde Holz ausgeklammert, würde das Ziel der erneuerbaren Energien allerdings in unerreichbare Ferne rücken, ergänzt er. Schließlich soll der Anteil dieser an der europaweiten Energieversorgung nach den Plänen der EU bis zum Jahr 2030 auf 45 Prozent steigen. Derzeit liegt er in der EU bei rund 20 Prozent, in Deutschland ist er [laut Umweltbundesamt](#) mit etwa 49 Prozent höher. Insbesondere die grüne Fraktion im EU-Parlament sieht das Heizen mit Holz trotz der

derzeitigen Energiekrise kritisch. Die Realität sei, dass nun die Wälder verheizt werden, sagte der deutsche EU-Abgeordnete Michael Bloss. "Das kommt einem Todesstoß für unsere Wälder gleich, die aufgrund von Dürre, Hitze und Waldbränden sowieso schon kurz vor dem Kollaps stehen." Europa benötige seine Wälder als CO₂-Speicher und nicht für die Heizkessel und -öfen der Kraftwerke oder Privatleute.

Ungeachtet aller EU-Umweltziele stieß der Vorstoß des EU-Parlaments auch innerhalb der Politik auf heftige Kritik. "Mitten in der schlimmsten Gas-Versorgungskrise der Geschichte fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass das EU-Parlament Holz nicht länger als erneuerbare Energie werten will – Gas und Atomenergie aber schon. Die Nutzung von Holz ist nicht das Problem, sondern die Lösung", kritisierte die österreichische Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger (ÖVP) im Gespräch mit der Tageszeitung Heute. Der Entwurf der aktuellen RED III, der dem EU-Parlament vorliegt, beinhalte weitreichende Neuerungen mit gravierenden Folgen. "Die Förderfähigkeit von Holz einfach mir nichts, dir nichts zu streichen, entzieht der europaweiten und nationalen Energiewende den Boden."

Laut Langer-Weninger konterkariere die EU mit dem Entwurf ihre eigenen Energie- und Klimaziele. "Mir scheint, das EU-Parlament sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Dabei gibt es nur eine Handvoll Energieträger, die eine echte Alternative zu fossilen Brennstoffen sind. Holz ist definitiv eine davon." Doch auch Fachverbände schlugen Alarm. "Das vorliegende Gesetzespaket gefährdet unsere Versorgungssicherheit und führt Österreich direkt in ein kostspieliges Vertragsverletzungsverfahren. Die Ziele für erneuerbare Energien sind ohne Holzheizungen, Biomasse-Heizkraftwerke und Nahwärmeanlagen schlichtweg nicht erreichbar. Reduzieren wir die Holzenergie um 10 Prozent, entspricht dies dem Fotovoltaik-Ausbau der letzten 30 Jahre", wurde Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes, in einer [Pressemitteilung](#) des Verbands zitiert:

"Es ist unfassbar, dass in Zukunft immer mehr Energieholz, das bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ohnehin anfällt, ungenutzt im Wald verfaulen soll, und als Ersatz für russisches Gas im gleichen Atemzug Atom- sowie Kohlekraftwerke und sogar Fracking-Gas wiederbelebt werden."

Gegen die Pläne der EU, Waldholz künftig nicht mehr als erneuerbare Energie einzustufen, wehrte sich auch der deutsche [Fachverband Holzenergie](#) (FVH). In einem Schreiben an die Abgeordneten des EU-Parlaments kritisierten die über 500 Unterzeichner die aktuellen Entwürfe des Umweltausschusses des EU-Parlaments als kontraproduktiv für die Energiewende. "Die Pläne des Umweltausschusses des EU-Parlaments, die Förderfähigkeit von Waldholz als erneuerbare Energie zu streichen, würde der Wärmewende den Boden entziehen. Wir warnen eindringlich davor, mit einem Federstrich und kontrafaktisch Teile der energetischen Holznutzung als nicht-erneuerbar zu deklarieren", erklärte Gerolf Bücheler, Geschäftsführer des FVH.

Laut Bücheler werde die Richtlinie so lediglich zu einer "Erneuerbaren-Verhinderungs-Richtlinie. Wir haben kein Verständnis dafür, dass Atomkraft und Gas von der EU den Nachhaltigkeitsstempel bekommen, unsere größte heimische erneuerbare Energieform aber infrage gestellt wird", so Bücheler weiter. Energie aus fester Biomasse – zu der auch Holz gehört – für Wärme und Strom stelle in Deutschland mit rund 166 Terawattstunden knapp 35 Prozent der im letzten Jahr produzierten erneuerbaren Energien bereit und damit mehr als jede andere erneuerbare Energieform.

Laut den Vertretern des FVH sei es unverständlich, "weshalb die EU-Kommission gerade für kleine bis mittlere Holzenergieanlagen das Leben schwerer macht und neue Kontroll- und Nachweispflichten einführen möchte". Insbesondere im ländlichen Raum seien dezentrale Holzenergieanlagen eine unverzichtbare Stütze der Energie- und Wärmewende, "die als Partner der stofflichen Holzverarbeitung und multifunktionalen Forstwirtschaft regionale Wertschöpfungsketten ergänzen und Stoffkreisläufe schließen".

Lediglich bei Klima-Aktivistin Greta Thunberg dürfte im Vorfeld Freude vorgeherrscht haben.

Die schwedische Umweltaktivistin fordert bereits seit Längerem ein Verbot jeglicher Holzheizungen. "Hört auf, Holz zu verbrennen", schrieb sie in einem Gastbeitrag für den britischen Guardian. Die Pläne der EU gehen ihr dabei noch nicht weit genug. "Europas direkt gewählte Vertreter müssten sich jetzt entscheiden: 'Sie können entweder die Klimaziele der EU mit ihren Gesetzeslücken retten, oder sie können damit beginnen, unser Klima zu retten'", so Thunberg. Dies sei derzeit nicht das, worauf die EU-Ziele hinarbeiten, erklärte die 19-Jährige mit Blick auf die anstehende Reform der Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Sollte sich die schädliche Politik der EU im Bereich der erneuerbaren Energie nicht ändern, hätte dies Folgen, mahnte Thunberg:

"Dann werden die Steuerzahler Europas weiterhin dafür bezahlen, dass Wälder rund um den Globus buchstäblich jeden Tag in Rauch aufgehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63218c2c48fbef39177058a6.jpg>

21:02 de.rt.com: **Etwa 1,3 Millionen Flüchtlinge aus Ukraine leben derzeit in Polen**

Nach Angaben der polnischen Regierung leben derzeit im EU-Land rund 1,3 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine. Der Sender Polskie Radio [berichtet](#) am Mittwoch unter Berufung auf Vize-Innenminister Paweł Szefernaker, dass laut Statistik in der letzten Zeit mehr Menschen Polen verließen und zurück in die Ukraine gingen. Szefernaker zufolge hätten rund 600.000 ukrainische Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter eine vorübergehende persönliche Identifikationsnummer bekommen, die im EU-Land den Umgang mit Behörden und dem staatlichen Gesundheitssystem erleichtert. Mehr als 400.000 Menschen aus dieser Personengruppe hätten bereits legale Arbeit gefunden.

Im Juni hat Regierungschef Mateusz Morawiecki von mehr als zwei Millionen Menschen aus der Ukraine gesprochen, die in Polen Schutz gefunden hätten. In Deutschland waren Ende August im Ausländerzentralregister knapp 985.000 Flüchtlinge aus der Ukraine erfasst. Ein Teil von ihnen dürfte bereits wieder ausgewandert sein. Auch lassen sich sowohl in Deutschland wie auch in Polen nicht alle Flüchtlinge sofort registrieren, sodass die Zahlen nur bedingt aussagekräftig sind.



https://pbs.twimg.com/card_img/1569998193840078852/OFZIrXip?

[format=jpg&name=360x360](#)

21:20 de.rt.com: **Lettlands Banken frieren 80 Millionen Euro im Zusammenhang mit Russland-Sanktionen ein**

Die lettischen Banken haben nach offiziellen Angaben etwa 80 Millionen Euro im Zusammenhang mit den gegen Russland verhängten Sanktionen eingefroren. Die Vorsitzende der Kommission für Finanz- und Kapitalmärkte, Santa Purgaile, sagte im Fernsehsender TV3: "Man kann sagen, dass diese 80 Millionen Euro die Marke sind, an der sich der Finanzsektor festgesetzt hat. Seit einigen Monaten gibt es keine besonderen Änderungen an dieser Zahl." Purgaile zufolge seien in Lettland sechs Personen identifiziert worden, die direkt von den westlichen Sanktionen betroffen seien. Darüber hinaus gebe es 35 juristische Personen, die zwar auf keinen Sanktionslisten stünden, wohl aber mit den Personen von den Sanktionslisten verbunden seien. Deswegen seien auch ihre Vermögenswerte eingefroren worden. Das Bankwesen des baltischen EU-Staates analysiere aktiv verschiedene Daten, um gegen mögliche Versuche vorzugehen, die Sanktionen über Drittländer zu umgehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6321d39048fbef33b067dda5.jpg>

21:40 de.rt.com: **Selenskij-Berater droht prorussischen Ukrainern: "Haut ab, sonst erwartet Euch Tod oder Gefängnis"**

Alexei Arestowitsch, Berater für strategische Kommunikation im Bereich der nationalen Sicherheit und Verteidigung im ukrainischen Präsidentenamt, erklärte, dass alle ukrainischen Bürger, die in den befreiten Gebieten freiwillig russische Pässe erhalten haben, nach ukrainischem Recht wegen Staatsverrats verurteilt werden. Seiner Meinung nach sind all diese Menschen angebliche "Kollaborateure" – einschließlich der Bewohner der DVR, der LVR und der Krim.

Er deutete auch an, dass die Ukraine angeblich in der Lage sei, die Kontrolle über die russische Halbinsel und die unabhängigen Republiken zu erlangen, und sagte, dass Moskau in diesem Konflikt angeblich bereits gegen Kiew verloren habe. Außerdem drehte er den Menschen in diesen Gebieten:

"Also haut ab, solange Ihr noch könnt. Es ist das Beste, was Ihr tun könnt, die Alternative ist Gefängnis oder ab unter die Erde!"

`<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257829&hash=327b0a4614ee253f" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>`

https://vk.com/video-134310637_456257829

21:55 de.rt.com: **"Elektriker an vorderster Front" – Ukraine verhindert Stromversorgung für die DVR**

Der Beschuss kritisch wichtiger Infrastrukturen in der Donezker Volksrepublik hat durch die ukrainische Armee in den letzten drei Wochen zugenommen. Vor allem der Energiesektor war und ist weiterhin davon betroffen.

Allein in der vorigen Woche wurden 983 Umspannwerke durch ukrainische Granaten getroffen. Infolgedessen blieben 63.000 Nutzer ohne Strom. Am häufigsten geschieht dies in den Städten Gorlowka, Donezk und Jassinowataja. Infolgedessen kam es auch zu gefährlichen Stromunterbrechungen im Donezker Kohlenrevier, wodurch unter anderem Hunderte von Bergleuten unter Tage eingeschlossen wurden.

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärte am Sonntag, dass das Bergwerk Skotschinskij infolge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte in Donezk weiterhin ohne Strom ist. Puschilin schrieb auf seinem offiziellen Telegram-Kanal:

"Große Schwierigkeiten im Skotschinski-Bergwerk: Die Menschen bauen weiterhin Kohle ab, aber mindestens einmal alle zwei Wochen sind sie in der Tiefe ohne Licht."

Er fügte hinzu, dass der "Beschuss der kritischen Infrastruktur der Volksrepublik durch ukrainische Kämpfer" zugenommen habe, insbesondere der Energiesektor sei betroffen.

`<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257844&hash=8008eddd0fe4d606" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>`

https://vk.com/video-134310637_456257844

22:03 de.rt.com: **Iran spricht sich gegen Eskalation zwischen Armenien und Aserbeidschan aus**

Teheran äußerte seine Ablehnung kriegerischer Handlungen im Kaukasus. Indirekt bekräftigte Iran die armenische Souveränität und warnte Aserbeidschan davor, die Austauschwege zwischen beiden Staaten zu gefährden.

In einem Telefongespräch am Dienstag hat der armenische Premierminister Nikol Paschinjan den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi über die jüngsten Entwicklungen an der gemeinsamen Grenze zwischen Armenien und der Republik Aserbeidschan nach erneuten Zusammenstößen zwischen den beiden Ländern unterrichtet.

Der iranische Präsident machte deutlich, dass ein neuer Krieg in der Südkaukasusregion für Iran inakzeptabel ist und dass Teheran den Verlauf der Ereignisse aufmerksam verfolge, so die iranische Agentur Armenpress.

Raisi betonte, dass alle Konflikte in der Region friedlich gelöst werden sollten, und wies darauf hin, dass Teheran eine klare Position zur territorialen Integrität der Staaten vertrete.

In Anlehnung an die Äußerungen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini betonte Raisi, dass der Austausch zwischen Iran und Armenien nicht gefährdet werden dürfe und die Austauschwege unter der Souveränität der Staaten stehen müssen.

Er brachte auch die Bereitschaft Irans zum Ausdruck, die Schaffung von Frieden in der Region zu unterstützen und fügte hinzu, dass die Frage der Sicherheit Armeniens für Iran wichtig sei.

Armenien und die Republik Aserbeidschan haben neue Grenzkonflikte gemeldet, bei denen eine unbekannte Zahl Soldaten ums Leben kam.

Die Kämpfe, die am frühen Dienstag ausbrachen, sind das jüngste Aufflackern zwischen den Erzfeinden, die sich im Jahr 2020 einen Krieg um die umstrittene Region Bergkarabach lieferten.

Jede Seite machte die andere für die Kämpfe verantwortlich.

In einer Erklärung des armenischen Verteidigungsministeriums hieß es, Aserbeidschan habe

am Dienstag um 00:05 Uhr Lokalzeit "intensiven Beschuss" gegen armenische Militärstellungen in Richtung der Städte Goris, Sok und Jermuk begonnen. Aserbaidsschanische Truppen setzten Drohnen sowie "Artillerie und großkalibrige Schusswaffen" ein.

Hingegen beschuldigte das aserbaidsschanische Verteidigungsministerium Armenien in der Nähe der Grenzbezirke Dashkesan, Kelbajar und Lachin "groß angelegte subversive Handlungen" begangen zu haben, und fügte hinzu, dass die Stellungen der aserbaidsschanischen Armee "unter Beschuss gerieten, unter anderem durch Granatwerfer". Seit dem Ende des Krieges zwischen Armenien und Aserbaidsschan im Jahr 2020 gibt es immer wieder Kämpfe entlang der Grenze.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6321f70b48fbef342f132d2a.jpeg>

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi

22:05 de.rt.com: **Kiew verzichtet auf Verhandlungen über Gefangenenaustausch mit DVR und LVR**

Der Bevollmächtigte des Obersten Rates für Menschenrechte, Dmitri Lubinez, hat auf die Meldungen scharf reagiert, [wonach](#) sich die IKRK-Vertreterin Marianne Gasser bei einem Treffen mit der Lugansker Ombudsfrau Wiktorija Serdjukowa bereit gezeigt habe, zu einer Kontaktaufnahme mit den ukrainischen Behörden in Bezug auf einen Gefangenenaustausch beizutragen. Auf Telegram [bezeichnete](#) Lubinez die Donbass-Volksrepubliken als "Quasi-Staaten" und weigerte sich, mit ihren Vertretern zu verhandeln.

"Der Bevollmächtigte des Obersten Rates der Ukraine für Menschenrechte ist bereit, mit der russischen Seite – und zwar der Ombudsfrau der Russischen Föderation Tatjana Moskalkowa – über die Befreiung unserer Bürger zu verhandeln. Wie ich es schon früher erklärt habe, legitimiere ich keine Pseudorepubliken und führe keine Gespräche mit Vermittlern in Form der sogenannten 'LVR' und 'DVR'."

Zuvor hatte das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, erklärt, dass die örtlichen Behörden beim Vereinbaren von Gefangenenaustauschen auf Russlands Vermittlung angewiesen seien, da es keine direkten Gespräche mit der Regierung in Kiew gebe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6321f2e3b480cc37df4a93d6.jpg>

Gefangenenaustausch zwischen Donezk und Kiew am Rande der Stadt Gorlowka, 16. April 2020

22:25 de.rt.com: **Ukrainischer Kriegsgefangener fassungslos: US-Söldner zerstören mutwillig Waffen an der Front**

RT-Korrespondent Roman Kosarew hat mit einem gefangen genommenen ukrainischen Soldaten ein langes Interview geführt. Dabei [erzählte](#) der junge Mann, wie vor allem die US-amerikanischen Söldner überrascht davon gewesen seien, dass sie tatsächlich im Krieg gelandet sind.

Der ukrainische Soldat erinnerte sich, wie die Söldner ein Maschinengewehr "einfach mit der Axt zerstört, es gespalten [haben], nur um sich auf 50 Meter zurückzuziehen und dort herumhocken zu können", als die Russen sich dem Schützengraben näherten und der Befehl gelautet haben soll, "bis zum letzten Mann zu bleiben". Gleichzeitig hätten den ukrainischen Soldaten nur leichte Schusswaffen zur Verfügung gestanden. Der ehemalige ukrainische Soldat Danil Onoprienko berichtete fassungslos:

"Ich bin zu denen hingegangen und hab sie gefragt, was das soll. Und sie antworteten: Ja, weißt du, wir haben Instruktionen, wir mussten das tun."



<https://thumbs.odycdn.com/19e49a9c51d65a7bda59769fc1d6abf9.webp>

22:44 de.rt.com: **Abchasien und Südossetien "erobern"? – Georgische Politiker für Referendum über Krieg gegen Russland**

Wenn es nach einigen Abgeordneten in Tiflis geht, könnte ein Referendum in Georgien Klarheit darüber bringen, ob Georgien militärisch in den Ukraine-Konflikt eingreifen soll. Laut den Politikern könnten so auch Abchasien und Südossetien "zurückerober" werden. Georgien würde die Eröffnung einer "zweiten Front" gegen Russland in Betracht ziehen, aber nur, wenn die Bevölkerung diese Idee in einem Referendum unterstützt, sagte Irakli Kobachidse, Abgeordneter und Parteivorsitzender der führenden parlamentarischen Kraft – der Partei "Georgischer Traum" – am Dienstag.

Mit seiner Äußerung reagierte Kobachidse auf die Forderungen einiger ukrainischer Beamter in den letzten Monaten, die Tiflis dazu aufgefordert hatten, sich ihrem Kampf gegen Russland anzuschließen. Kobachidse sagte dem georgischen Nachrichtensender Channel 1:

"Wir können ein Referendum abhalten, eine Volksabstimmung darüber, ob die Menschen in Georgien eine zweite Front [gegen Russland] eröffnen wollen oder nicht."

Er fügte hinzu, dass die Georgier selbst entscheiden sollten, ob sie mit den Vertretern in Kiew oder mit ihrer eigenen Regierung, die sich gegen einen solchen Schritt ausspricht, einverstanden sind. "Wenn die Menschen es wollen, können wir es später gemeinsam diskutieren", so der Politiker weiter, ohne einen Zeitplan für ein solches Referendum zu nennen.

Am Montag erklärte ein weiterer ukrainischer Politiker, der ukrainische Abgeordnete Fedor Venislavsky, gegenüber Channel 1, Tiflis habe die einmalige Gelegenheit, die Gebiete Abchasien und Südossetien, die es als Teil seines Hoheitsgebiets betrachtet, zurückzuerobern. Die beiden Regionen erklärten im Jahr 2008 nach einem kurzen militärischen Konflikt zwischen Moskau und Tiflis ihre Unabhängigkeit von Georgien. Auslöser des Konflikts war der Beschuss der Region durch Tifliser Streitkräfte, in der russische Friedenstruppen stationiert waren.

Südossetien kündigte im März dieses Jahres Pläne an, sich mit Russland zu vereinigen, doch da sich Moskau nun auf den Konflikt mit Kiew konzentriert, könnte Tiflis versuchen, beide abtrünnigen Republiken zurückzubekommen, so Venislavsky. Ähnlich hatte sich schon im August der Leiter des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexej Danilow, gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender Channel 24 geäußert – Georgien solle die Gebiete "zurückerobern".

Danilows Äußerungen lösten damals heftige Kritik seitens der georgischen Opposition aus, die die Idee einer Beteiligung Georgiens an dem Ukraine-Konflikt als "irrelevant" und "unangemessen" bezeichnete.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632205fbb480cc397c263311.jpg>
Proteste in Tiflis / Georgien

22:47 de.rt.com: **DVR: Russland lieferte seit Beginn der Sonderoperation rund 2.700 Tonnen Lebensmittel an örtliche Bevölkerung**

Das Ministerium für Lebensmittel und Agrarpolitik der Volksrepublik Donezk hat am Mittwoch mitgeteilt, dass Russland seit dem Beginn der Sonderoperation an die örtliche Bevölkerung ungefähr 2.700 Tonnen Lebensmittel als humanitäre Hilfe geliefert habe. Seit Ende Februar seien in die Republik mehr als 700 Tonnen Mehl, mehr als 870 Tonnen Getreide, 210 Tonnen Speiseöl und 961 Tonnen Teigwaren befördert worden.

Am 1. September hatte das russische Katastrophenschutzministerium gegenüber der Agentur TASS bekannt gegeben, dass LKW-Kolonnen der Behörden seit März in den Donbass 75.000 Tonnen humanitäre Hilfe, darunter Nahrungsmittel, Flaschenwasser, Medikamente und Gegenstände des täglichen Bedarfs, zugestellt hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6321dc9c48fbef367e36b25b.jpg>

Regale mit Lebensmittelsets im Freiwilligenstab der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland" in Melitopol, 7. September 2022

vormittags:

6:00 de.rt.com: Kiew fordert Sicherheitsgarantien, während der Stab von Selenskij die militärischen Ziele definiert

Das sogenannte "Kiewer Sicherheitsabkommen" sieht Staaten wie die USA, Großbritannien, die Türkei und Australien als Garantiestaaten für die Sicherheit der Ukraine vor.

Sicherheitsgarantien waren für die Ukraine ein wesentlicher Knackpunkt bei den Gesprächen für einen Waffenstillstand mit Russland im vergangenen März in Istanbul.

Die Ukraine hat Empfehlungen über Sicherheitsgarantien vorgelegt, mit denen Garantiestaaten sowohl politisch als auch rechtlich in eine strategische Partnerschaft mit der Ukraine eintreten würden und die jetzt unter der Bezeichnung "Kiewer Sicherheitsabkommen" bekannt geworden sind. Die Vorschläge, die auf Wunsch von Präsident Wladimir Selenskij erarbeitet und am Dienstag veröffentlicht wurden, sind von einer Beratergruppe ausgearbeitet worden, die vom ehemaligen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen geleitet wird.

Kiew schlägt darin vor, dass Länder wie die USA, Großbritannien, die Türkei und Australien als Sicherheitsgaranten für die Ukraine eintreten würden. Bei diesem Ansatz auf mehreren Ebenen würde eine "Kerngruppe" von Verbündeten klare Zusagen zur Unterstützung des ukrainischen Militärs machen, während eine breitere Gruppe Garantien nichtmilitärischer Natur auf der Grundlage von Sanktionen abgeben würde.

"Wir brauchen eine militärische Kraft, die stark genug ist, um die Rachegeleüste der Russen abzuwehren. Und eine, die in der Lage ist, dem Angreifer irreparablen Schaden zuzufügen, wenn sich sein Wunsch zum Angriff als unwiderstehlich herausstellt", sagte der Stabschef von Selenskij, Andrei Jermak. Er betonte zudem, dass das angestrebte Abkommen kein Ersatz für

einen NATO-Beitritt der Ukraine sei, sondern ein Mittel zur Gewährleistung der integralen Sicherheit des Landes, bis die Ukraine offiziell der Militärallianz beitreten könne. Der frühere NATO-Generalsekretär Rasmussen ergänzte dazu, dass die "unmittelbare Priorität" ein militärischer Sieg für Kiew sei, und betonte dabei, dass die Ukraine im Anschluss daran Jahrzehnte der Unterstützung durch ihre westlichen Partner benötigen werde.

Sicherheitsgarantien waren ein wesentlicher Knackpunkt bei den Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine im vergangenen März in Istanbul. Moskau argumentierte damals, dass wenn die Ukraine zusage, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, dann würde sie Garantien von einer Reihe von Ländern erhalten, einschließlich Russland. Die Gespräche kamen schließlich zum Erliegen, nachdem die Verhandlungsführer der Ukraine auf die Souveränität über die Halbinsel Krim bestanden, die sich 2014 von der Herrschaft Kiews losgelöst hat und nach einem Referendum der Russischen Föderation beiträt.

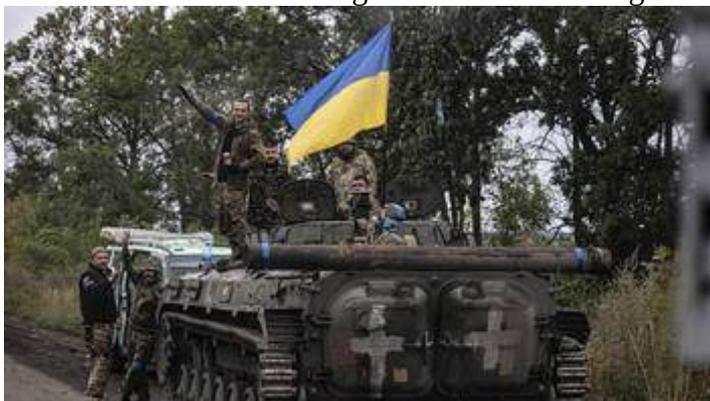
Der Vorschlag zum "Kiewer Sicherheitsabkommen" ist seit Monaten in Arbeit. Russland hat zuvor darauf bestanden, dass nur Moskau der Ukraine die einzig gültigen

Sicherheitsversprechen geben könne, jedoch habe Kiew laut dem früheren russischen Präsidenten Dmitri Medwedew im vergangenen August diese Chance vorbeigehen lassen. "Niemand wird die Ukraine jetzt in die NATO aufnehmen. Das Bündnis besteht zwar aus Russophoben, aber es ist nicht selbstmörderisch", sagte Medwedew und fügte hinzu, dass die USA das korrupte ukrainische Regime beseitigen würden, sobald es ihnen in den Kram passe.

Währenddessen hat ein Mitarbeiter des Stabes von Selenskij die militärischen Ziele der Ukraine skizziert. Das erste Ziel für Kiew sei es, den Schutz kritischer Infrastruktureinrichtungen mit Luftverteidigungssystemen sicherzustellen, schrieb Michail Podoliak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten, am Dienstag auf Twitter. Der Schritt sei vorrangig, weil laut dem Berater "Russland gegen Zivilisten Krieg führt", während Moskau seit Beginn des Konflikts darauf besteht, dass seine Streitkräfte lediglich ukrainische Truppen und militärische Einrichtungen ins Visier nehmen.

Das zweite Ziel sei die Eroberung der von den Volksrepubliken Donezk und Lugansk kontrollierten Gebiete, sagte Podoliak. "Die Befreiung von Donezk und Lugansk wird einen Dominoeffekt auslösen, der zum Zusammenbruch der gesamten Front und zur politischen Destabilisierung in Russland führen wird", glaubt Podoliak. Die Erfüllung dieser Aufgaben sei möglich, betonte er, fügte aber hinzu, dass dafür zusätzliche Waffen erforderlich seien, und richtete sich damit an Kiews westliche Unterstützer.

Die Erklärung des Beraters von Selenskij folgte auf eine ukrainische Gegenoffensive in der vergangenen Woche, bei der Russland seine Truppen aus Isjum und einigen anderen Siedlungen in der Region Charkow abzog. Moskau verkündete, man habe beschlossen, die Streitkräfte umzugruppieren, um das Kontingent in Richtung Donezk zu verstärken, während Kiew den Schritt als einen großen taktischen Sieg feierte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322031db480cc386f7a5316.jpg>

Ukrainischer Schützenpanzer nahe Charkow (14. September 2022)

6:15 de.rt.com: **Stadtwerke warnen vor Zahlungsausfällen und Insolvenzen wegen hoher Energie- und Strompreise**

Nicht nur für die Verbraucher stellen die exorbitanten Preise für Strom und Gas eine Belastung dar. Die Insolvenz droht auch Stadtwerken, sagt Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des [Verbandes kommunaler Unternehmen](#) (VKU).

Die Stadtwerke in Deutschland rechnen angesichts der hohen Belastungen durch die Energiekrise und Inflation mit einer stark steigenden Zahl von Zahlungsausfällen seitens der Endverbraucher und Insolvenzen in den eigenen Reihen. "Die Zahlungsausfälle waren bislang deutlich unter ein Prozent des Umsatzes aus gelieferten Mengen, das ist verkraftbar", sagte Ingbert Liebing, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), der Nachrichtenagentur Reuters:

"Aber wenn wir auf fünf bis zehn Prozent kämen oder gar 15 oder 20 drohen, dann kann das für die Stadtwerke bedrohlich werden."

Der Verband kommunaler Unternehmen vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von über 1.500 in Deutschland ansässigen Stadtwerken. "Wir merken schon, dass die Lage angespannter wird. Noch vor wenigen Monaten war es so, dass wir die Risiken am Horizont erkannt haben und gesagt haben, darauf müssen wir uns vorbereiten", erklärte Liebing. "Aber jetzt stellen wir fest, dass bestimmte Probleme, Liquiditätsprobleme, akuter werden." Da die Stadtwerke in der Summe systemrelevant seien, bestehe das "oberste Ziel" des VKU laut Liebing derzeit deshalb darin, die drohende Insolvenzwelle zu verhindern.

Aber auch die "zweite Reihe", die Stadtwerke und Regionalversorger, schlagen Alarm. "Wenn für den Gaseinkauf jetzt das Zehnfache, das Zwölfwache von dem bezahlt werden muss, wie es in der Vergangenheit üblich gewesen ist, dann stellt das die Stadtwerke, die erst einmal einkaufen müssen, bevor sie verkaufen können, vor gewaltige finanzielle Herausforderungen", erklärte Liebing. Hinzu kämen die Forderungen im außerbörslichen Handel (OTC), wo die meisten Stadtwerke aktiv seien. Dort würden inzwischen höhere Kauttionen zur Absicherung gefordert.

Wenn die Stadtwerke ihre gesamte Liquidität und ihren gesamten Kreditrahmen für den Handel bräuchten, bleibe zudem kein Spielraum mehr für Investitionen in die Energiewende, so Liebing. Die Bundesregierung habe zwar ein Hilfsprogramm aufgelegt. Jedoch würden die 100 Milliarden Euro der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nur jenen helfen, die an der Börse handeln. Deshalb müsse das Hilfspaket nun nachgebessert werden, forderte Liebing. "Wir brauchen eine Verständigung von Bund und Ländern, was die Liquiditätsprobleme der Stadtwerke und den Aufbau eines Rettungsschirms betrifft."

Sorgen bereiten den Stadtwerken derzeit vor allem die hohen Preise für Gas am Energiemarkt. In den vergangenen Monaten haben die europäischen Sanktionen gegen Russland die Preise dort durch die Decke gehen lassen – mit fatalen Folgen für die hiesige Wirtschaft. So mussten große Gasimporteure wie Uniper oder die Leipziger VNG zuletzt mit Milliardensummen gestützt werden, da es den beiden Konzernen an finanziellen Mitteln fehlte, ihre Verbindlichkeiten aus den Einkäufen am teuren Spotmarkt zu bedienen.

Kunden von Stadtwerken bräuchten teils psychologische Betreuung

Neben den Energieversorgern leiden in erster Linie jedoch vor allem deren Kunden an den stark gestiegenen Energiekosten. Viele Kunden könnten die hohen Kostensteigerungen einfach nicht mehr bezahlen, erklärte Liebing. "Manche werden aus Frust aggressiv, andere sind in Tränen aufgelöst und brauchen psychologische Betreuung." Angesichts dessen würden die Mitarbeiter der jeweiligen Kundencenter bereits im Umgang mit solchen Situationen geschult und suchten in jedem Einzelfall nach Auswegen, berichten Branchenvertreter. Die zumeist gefürchtete Sperrung von Strom- und Gasanschlüssen sei jedoch das letzte Mittel und nur selten nötig.

Das Ende der Fahnenstange ist vorerst nicht in Sicht. Auch im kommenden Jahr wird mit Preiserhöhungen zu rechnen sein, da die Stadtwerke langfristig Gas beschaffen. Zur

Versorgung werde laut Liebing derzeit zwar noch Gas eingesetzt, das vor einem oder zwei Jahren zu günstigeren Konditionen eingekauft wurde. Doch schon jetzt haben viele Versorger ihre Tarife deutlich angehoben. Den Kunden die enormen Preissteigerungen zu vermitteln, gestalte sich für die Energieversorger zunehmend schwierig, erklärte die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Kerstin Andreae, gegenüber Reuters. Betroffene Kunden machten ihrem Ärger sowie großen Sorgen über die Preisentwicklung demnach oft in den Kundencentern Luft. Für die Beschäftigten der Energieversorger sei dies eine große Belastung.

Vor knapp zwei Wochen war der Gaspreis wegen des einstweiligen Lieferstopps von russischem Gas über die Ostseepipeline Nord Stream 1 an den Märkten erneut stark gestiegen. Eine erneute Inbetriebnahme verknüpft Russland mit der Aufhebung westlicher Sanktionen. Zuvor wurden über die Pipeline lediglich rund 20 Prozent der maximal möglichen Menge an Gas nach Europa befördert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6321db28b480cc39ce171537.jpg>

7:00 de.rt.com: **LVR: Ukrainische Streitkräfte beschießen Stachanow mit HIMARS-Raketen**

Am Donnerstag haben ukrainische Soldaten sechs HIMARS-Raketen auf die Stadt Stachanow in der Volksrepublik Lugansk (LVR) abgefeuert. Dies berichtet die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen auf ihrem [Telegram-Kanal](#).

Informationen über Opfer und Schäden würden derzeit geklärt.

Bereits am Dienstag und Mittwoch hatten ukrainische Truppen die Stadt mit dem US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfer-System HIMARS beschossen. Hierbei wurden ein Schulgebäude und sechs Wohnhäuser beschädigt.

7:36 de.rt.com: **Saporoschje: Switchblade-Kamikazedrohne der ukrainischen Armee mit einer Antidrohnenkanone zum Landen gebracht**

Soldaten im Gebiet Saporoschje haben eine Switchblade-Kamikazedrohne der ukrainischen Streitkräfte mit einer Drohnenabwehrkanone zu Boden gebracht. Das teilte Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung Wir sind mit Russland, gegenüber [TASS](#) mit. Er sagte:

"Wir haben einen Rekordbetrag an Hilfsgütern an die Armee im Wert von etwa 20 Millionen Rubel gespendet. Zum ersten Mal stellten die Einwohner von Saporoschje – Energodar, Berdjansk, Melitopol – einen bedeutenden Anteil. Es wurden Dutzende Wärmebildkameras mit guter Reichweite, Drohnenabwehrkanonen und Drohnen gekauft. Eine Switchblade, eine Kamikaze-Angriffsdrohne wurde mit einer Antidrohnenkanone zum Landen gebracht."

Am 16. August übergab Rogow eine Drohne und 50 Quadrocopter, die mit russischen Spendengeldern gekauft worden waren, an eine russische militärische Geheimdiensteinheit an der Front. Die Drohnen sind für die Luftaufklärung vor Ort sowie für die Ausrichtung des Artilleriefeuers vorgesehen. Antidrohnenkanonen schießen feindliche Drohnen ab, indem sie

das Signal zwischen den Fluggeräten und deren Steuereinheiten unterdrücken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6322b587b480cc114720e5ac.jpg>

8:12 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen über Nacht zweimal Nowaja Kachowka**

Ukrainische Truppen haben in der vergangenen Nacht zweimal Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson beschossen. Ein russisches Luftabwehrsystem sei in der Stadt im Einsatz, [berichtet](#) die örtliche militärisch-zivile Verwaltung auf Telegram.

8:47 de.rt.com: **Japan verdreifacht Flüssiggasimporte aus Russland**

Japan hat seine Einfuhren von verbilligtem Erdgas aus Russland im August mehr als verdreifacht. Das berichtet die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf eine Statistik des japanischen Finanzministeriums. Im vergangenen Monat stiegen die Gasimporte des Landes im Vergleich zum August 2021 um 211,2 Prozent, während die Ölimporte im gleichen Zeitraum um 20,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgingen. Kohleexporte von Russland nach Japan sind im August gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 32,6 Prozent zurückgegangen. Erzeinfuhren hingegen stiegen um 44,9 Prozent. Darüber hinaus erhöhte Japan die Einfuhren von Gemüse aus Russland um 154 Prozent, reduzierte aber die Einfuhren von Getreide und Soja um 94 bis 95 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6322c7a848fbef4f440867a5.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 15.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Swetlodarsk (DVR), Perewalsk und Stachanow** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS **beschossen** und 16 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses:

- **starb in Perewalsk eine 18 Jahre alte junge Frau, 6 Schüler eines Colleges und ein Lehrer, geb. 1961, wurden verletzt.** Außerdem wurde das Gebäude des Perewalsker Colleges zerstört.

- wurde **in Swetlodarsk (DVR) eine Frau 1968, verletzt**, außerdem wurde das Kulturhaus beschädigt;

- wurden in Stachanow 3 einstöckige Wohnhäuser und eine Stromleitung beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben ukrainische Kämpfer **Stachanow und Lissitschansk** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS **beschossen** und 10 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen gehen noch ein.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 14. September haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Newskoje und Tscherwonopopowka Datscha zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:21 de.rt.com: **Gruppe-Wagner-Soldaten vernichten ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppe bei Artjomowsk**

Soldaten des russischen privaten Militärunternehmens Gruppe Wagner sollen bis zu zehn Saboteure einer ukrainischen Sabotage- und Aufklärungsgruppe zwischen den Siedlungen Pokrowskoje und Klinowoje getötet haben. Das meldet die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#). Angeblich planten die Saboteure, anrückende Einheiten der alliierten Streitkräfte in einen Hinterhalt zu locken.

Zuvor hatte ein Korrespondent von RIA Nowosti berichtet, dass es Wagner-Soldaten gelungen sei, in der Industriezone von Artjomowsk (von der Kiewer Führung in Bachmut umbenannt) Fuß zu fassen und weiter tief in die Siedlung vorzudringen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6322c16ab480cc105e37238c.jpg>

Soldat des russischen privaten Militärunternehmens Gruppe Wagner bei Artjomowsk

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **246 Geschosse** mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm und 152mm sowie 122mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden 9 Zivilisten verletzt.

22 Häuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Panzer, 1 D-30-Haubitze, 1 Feldleitungspunkt und mehr als 30 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:53 de.rt.com: Alliierte Streitkräfte wehren Angriff ukrainischer Landungstruppen im Gebiet Cherson ab

Ukrainische Fallschirmjäger hätten versucht, ins Gebiet Cherson einzudringen, der Angriff sei aber abgewehrt worden. Das teilte Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes, dem Fernsehsender Solowjow Live mit. Er sagte: "Buchstäblich früh am Morgen versuchten einige Landetruppen, die sich selbst als Marineinfanteristen bezeichnen, in das Gebiet der Nehrung von Kinburn vom Schwarzen Meer aus einzudringen und ins Gebiet Cherson zu gelangen. Der Angriff wurde gestoppt, die Nazis wurden vernichtet."

Dies ist nicht der erste Versuch der ukrainischen Streitkräfte, aus dieser Richtung einzudringen. Wie das russische Verteidigungsministerium in einem Bericht vom 14. September mitteilte, zerstörten Kampfflugzeuge der russischen Luftwaffe nahe der Nehrung

von Kinburn einen Mi-8-Hubschrauber der ukrainischen Armee mit einer Sabotage- und Aufklärungsgruppe an Bord.

11:01 (10:01) novorosinform.org: **Die russischen Streitkräfte unterdrückten Feuerstellungen der Streitkräfte der Ukraine, die die Region Kursk beschossen**

Der Gouverneur der Region Kursk, Roman Starowoit, berichtete über die Unterdrückung der Feuerstellungen ukrainischer Kämpfer, von denen aus sie auf eine Grenzsiedlung geschossen hatten.

"Im Laufe des Tages wurden die Stellungen unserer Kämpfer in der Nähe des Dorfes Elisawetowka im Bezirk Gluswhkowskij von der ukrainischen Seite beschossen. Die Feuerstellungen der Streitkräfte der Ukraine wurden durch Gegenfeuer unterdrückt", schrieb Starowoit in seinem Telegram-Kanal.

Der Beamte fügte hinzu, dass diese Nacht in den Grenzgebieten der Region ruhig verlief. Am Montag berichtete Starowoit, dass die Streitkräfte der Ukraine auf das Grenzdorf Tetkino geschossen hätten. Infolge des Beschlusses wurde niemand verletzt, aber mehrere Häuser wurden beschädigt, im Beschussbereich gab es Stromausfälle und es wurden auch Schäden an der Gasleitung registriert. Später gab der Gouverneur die Wiederherstellung der Gas- und Stromversorgung im Dorf bekannt.



https://www.novorosinform.org/content/images/32/96/53296_720x405.jpg

10:16 de.rt.com: **"Unerschütterliche Solidarität" – Von der Leyen glaubt an Sieg gegen Russland**

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat vor schwierigen Zeiten für die EU gewarnt und zur gegenseitigen Solidarität aufgerufen. Sie räumte jedoch ein, dass den europäischen Bürgern Opfer abverlangt werden.

Wenn die Europäische Union Mut und Geschlossenheit zeige, werde sie im Konflikt in der Ukraine die Oberhand gegen Russland gewinnen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch im Europaparlament.

Die skandalgeplagte frühere deutsche Verteidigungsministerin sagte in ihrer "Rede zur Lage der Union":

"Lasst es uns ganz deutlich sagen – es steht viel auf dem Spiel. Nicht nur für die Ukraine, sondern auch für ganz Europa und die ganze Welt. Dies ist nicht nur ein von Russland entfesselter Krieg gegen die Ukraine, dies ist auch ein Krieg gegen unsere Energiesicherheit. Es ist ein Krieg gegen unsere Wirtschaft. Es ist ein Krieg gegen unsere Werte. Es ist ein Krieg um unsere Zukunft. Hier geht es um Autokratie gegen Demokratie."

Doch trotz des Verbleibs großer Teile des ukrainischen Territoriums unter russischer Kontrolle und einer sich zuspitzenden Sanktionskrise in Europa zeigte sich die in blau-gelb gekleidete Kommissionschefin zuversichtlich, dass der Ausgang des Ukraine-Konflikts für Brüssel und Kiew positiv enden werde.

"Ich stehe hier in der Überzeugung, dass Putin mit dem nötigen Mut und der nötigen Solidarität scheitern und die Ukraine und Europa gewinnen werden", sagte sie unter großem Applaus. "Die Solidarität Europas mit der Ukraine wird unerschütterlich bleiben."

Sie bedachte auch die EU mit lobenden Worten, für ihre Reaktion auf die russische Militäroperation, für ihre militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine, sowie für das Verhängen der "härtesten Sanktionen, die die Welt je gesehen hat".

Allerdings räumte von der Leyen ein, dass ein Sieg gegen Russland schwere Opfer von den europäischen Bürgern abverlangen wird.

"Die vor uns liegende Zeit wird nicht einfach sein – sei es für Familien, die ums Überleben kämpfen, oder für Unternehmen, die vor schwierigen Entscheidungen für ihre Zukunft stehen."

Aufgrund von EU-Sanktionen und Moskaus Gegenmaßnahmen, inmitten des Konflikts in der Ukraine, sind die Exporte von russischem Öl und Gas nach Europa drastisch zurückgegangen. Bürger in Österreich, der Tschechischen Republik und in anderen Ländern der EU, sind in der vergangenen Woche auf die Straße gegangen, um gegen die steigenden Energiekosten zu protestieren und zu fordern, dass ihre Regierungen etwas unternehmen, um die aktuelle Krise zu lösen. Allerdings herrscht in der EU Uneinigkeit über das Vorhaben, russisches Gas einer Preisobergrenze zu unterwerfen, eine Entlastungsmaßnahme, die von Ursula von der Leyen vorangetrieben wird. Deutschland, Ungarn und die Slowakei gehören zu den Gegnern dieses Plans.

In ihrer Rede hat die Kommissionspräsidentin auch einen europäischen Notfallplan gegen die Energiekrise präsentiert. Zur Entlastung der Bürger sollen übermäßige Gewinne von Energiefirmen innerhalb der EU künftig abgeschöpft und umverteilt werden. Sie kündigte einen Gesetzesvorschlag an, der sowohl Produzenten von erneuerbarer Energie als auch Gas- und Ölkonzerne treffen würde. Sie versprach:

"Unser Vorschlag wird mehr als 140 Milliarden Euro für die Mitgliedsstaaten einbringen, um die Not ihrer Bürger unmittelbar abzufedern."

Zur Unterstützung der Ukraine will von der Leyen erneut das Land besuchen und kündigte an, dass sie noch am Mittwoch für Gespräche mit Präsident Wladimir Selenskij nach Kiew reisen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322def6b480cc08c36d8337.jpg>

10:39 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt Donezker Volksrepublik 54 Mal binnen 24 Stunden**

In den vergangenen 24 Stunden von 05:00 MEZ am 14. September bis 05:00 am 15. September soll das ukrainische Militär das Territorium der Volksrepublik Donezk 54 Mal beschossen haben. Dabei seien insgesamt 246 Geschosse abgefeuert worden. Dies [berichtet](#) die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen auf Telegram. Bei dem

Beschuss seien 22 Wohngebäude sowie Infrastruktur beschädigt und neun Menschen, darunter vier Kinder, verwundet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6322d5e148fbef521a143df3.jpg>
Bruchstück eines Geschosses

11:16 de.rt.com: **Ursula von der Leyen in Kiew angekommen**

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen ist am Donnerstag in Kiew angekommen. Dies gab sie auf [Twitter](#) bekannt. Von der Leyen will mit dem Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij und dem Ministerpräsidenten Denis Schmygal die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den EU-Beitritt des Landes besprechen.



<https://pbs.twimg.com/media/FcrStnHXEAA13h?format=jpg&name=360x360>

11:17 de.rt.com: **Russische Rennfahrer: Distanzierung von Russland Bedingung für Start bei Dakar-Rallye**

Der Internationale Automobilsportverband fordert einen russischen Rennfahrer auf, eine

Erklärung zu unterschreiben, in der er Russlands Militäreinsatz in der Ukraine verurteilt. Andernfalls droht ihm der Ausschluss.

Die Teilnahme russischer Sportler am Dakar-Winterrennen in Saudi-Arabien ist fraglich, denn der Internationale Automobilsportverband (FIA) fordert, dass Fahrer aus Russland eine Stellungnahme unterschreiben, in der sie Moskaus Militäreinsatz in der Ukraine klar verurteilen. Das teilte der mehrfache Rallye-Meister Sergei Karjakin Journalisten mit. Ihm zufolge soll man schriftlich erklären, dass man "die Operation in der Ukraine, den russischen Präsidenten und die Politik des Landes im Allgemeinen" nicht unterstützt.

Wie der Rennfahrer meint, geht es dabei "nicht einmal um die Militäroperation, es geht um die Tatsache, dass man von den Teilnehmern etwas völlig Verfassungswidriges fordert".

In einem Interview mit Match TV betonte der Sportler:

"Ich halte es für eine reine Knechtschaft. Es ist politisch motiviert. Man sagt, dass es im Sport keine Politik gibt, aber wir sehen, dass dies wieder einmal eine totale Lüge ist. Ich werde mein Land nicht aufgeben. Ich bin hier aufgewachsen, es hat mich großgezogen und zu dem gemacht, was ich bin."

Dem Sportler zufolge versucht die FIA nicht nur ihn zur Unterzeichnung des umstrittenen Papiers zu zwingen. Auch andere russische Fahrer müssten Moskaus Politik missbilligen, um am Wettbewerb teilnehmen zu dürfen. Karjakin, mehrfacher Preisträger der Rallye Dakar, erklärte jedoch, er werde nichts unterschreiben und das Rennen auslassen, falls diese Bedingung nicht aufgehoben werde. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärte er: "Nun wird die Frage geklärt, ob es möglich ist, ohne Unterzeichnung dieses Papiers teilzunehmen. Wir versuchen es abzuschaffen. Das ist ein Verstoß gegen den Wettbewerb. Anwälte und andere Teams helfen dabei. Es gibt eine persönliche Kommunikation mit den Organisatoren, sodass wir nicht auf die Hilfe des Sportministeriums und des russischen Automobilverbandes zurückgreifen mussten."

Im Gespräch mit Match TV betonte Karjakin zudem, dass er keine zweite Staatsbürgerschaft annehmen werde, um an dem Rennen teilzunehmen. "Sicherlich werde ich meine Prinzipien nicht aufgeben, um Rennen zu fahren. Ich denke, es wäre erniedrigend", unterstrich er.

Die Dakar-Rallye startet am 31. Dezember im Rabigh Sea Camp und endet am 15. Januar in Dammam, einer Hafenstadt am Westufer des Arabischen Golfs.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322e1a948fbef4f440867ba.jpg>

Dakar-Pokale

11:21 de.rt.com: **Nach Nur-Sultan wieder Astana: Kasachstans Hauptstadt wird wohl zurück umbenannt**

Einmal Nur-Sultan und zurück: Nach drei Jahren wird die Hauptstadt Kasachstans wohl wieder in Astana umbenannt. Der Name zu Ehren des früheren kasachischen Präsidenten sei von den Einwohnern nicht akzeptiert worden, behaupten lokale Politiker.

Astana war im Jahr 2019 zu Ehren des früheren kasachischen Präsidenten Nursultan

Nasarbajew in Nur-Sultan umbenannt worden. Nun bekommt sie wohl ihren alten Namen zurück. Für die Initiative sprachen sich Anfang September einige Abgeordnete aus. "Wir halten es für falsch, wenn eine Stadt noch zu Lebzeiten nach einer Person benannt wird. Außerdem haben die Menschen den neuen Namen der Hauptstadt nicht akzeptiert", argumentierten sie. Die Rückkehr zum alten Namen wäre ihrer Meinung nach eine "aus historischer Sicht gerechte" Entscheidung.

Mit Billigung von Präsident Qassym-Schomart Toqajew wurde ein entsprechendes Gesetz ins Parlament eingebracht. Am Donnerstag unterstützten auch die Bürger von Nur-Sultan die Umbenennung. "Wir sind dem ersten Präsidenten dankbar, aber der Name selbst war vielleicht voreilig", sagte der stellvertretende Direktor des Instituts für Staatsgeschichte während einer Online-Abstimmung. Er hoffe, dass der erste Präsident "nicht beleidigt sein wird". Die damit verbundenen Umbenennungskosten sollen niedriger sein als vor drei Jahren, als Astana in Nur-Sultan umbenannt wurde. Damals sollen umgerechnet insgesamt rund 63.000 Euro für die Änderung von Straßenschildern ausgegeben worden sein, berichtet die Agentur RIA Nowosti.

Die heutige Millionenstadt in der nordkasachischen Steppe hat seit ihrer Gründung im Jahr 1830 mehrere Namen getragen. Sie hieß erst Akmolinsk, später zur Sowjetzeit Selinograd und ab 1992 Akmola. Nasarbajew machte die Stadt im Jahr 1998 zur Hauptstadt und gab ihr den neutralen Namen Astana, kasachisch für Hauptstadt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322e746b480cc0b904d3da2.jpg>

Der ehemalige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew

11:28 de.rt.com: **Wladimir Putin und UN-Generalsekretär António Guterres sprachen über die Lage in der Ukraine**

Nach einem Telefonat mit dem UN-Generalsekretär António Guterres, begrüßte der russische Präsident die konstruktive und enge Zusammenarbeit zwischen Moskau und den Vereinten Nationen. Auch die Situation bei der Nuklearanlage in Saporoschje kam zur Sprache.

Wie der Kreml in einer Erklärung mitteilte, hat der russische Präsident Wladimir Putin am gestrigen Mittwoch ein Telefonat mit UN-Generalsekretär António Guterres geführt. Die globale Ernährungssicherheit, der sogenannte "Getreidedeal" und der Konflikt in der Ukraine waren die Schwerpunkte des Gesprächs.

Die UN wollen den Ende Juli auf vier Monate abgeschlossenen Getreidedeal verlängern. Gleichzeitig mit dieser Einigung war damals eine Vereinbarung mit Russland über die Erleichterung der Exporte von Getreide und Dünger unterzeichnet worden. Die beiden Abkommen sind formal eigenständig, werden aber als komplementär betrachtet.

Guterres informierte Putin über die Maßnahmen, die von den UN ergriffen wurden, um alle Beschränkungen für den Export von russischen Agrargütern und Düngemitteln aufzuheben.

Moskau und die UN einigten sich auf eine weitere enge Zusammenarbeit, um die internationale Ernährungssicherheit zu gewährleisten, heißt es in der Erklärung weiter.

Diskutiert wurde auch die Situation um das Kernkraftwerk Saporoschje, das größte seiner Art

in Europa, das zwar in der Ukraine steht, aber seit Anfang März von russischen Truppen kontrolliert wird.

Moskau beschuldigte die Streitkräfte von Kiew wiederholt, das Gelände der Anlage mit Artillerie beschossen zu haben und warnte davor, dass solche Aktionen zu einer atomaren Katastrophe im Ausmaß von Tschernobyl führen könnten. Kiew wies diese Anschuldigungen stets zurück und machte stattdessen Russland für den Beschuss der Einrichtung verantwortlich, obwohl schwer nachzuvollziehen ist, weshalb sich die russischen Truppen selbst beschießen sollten.

Putin begrüßte in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die darauf abzielen, zur Sicherheit des Kraftwerks beizutragen und informierte Guterres über die Maßnahmen, die Russland selbst ergriffen hat, um die Sicherheit der Anlage zu gewährleisten. Die IAEA entsandte am 1. September ein Team von Inspektoren zur Anlage.

Putin und Guterres sprachen auch über eine UN-Untersuchungsmision, die den Angriff vom vergangenen Juli auf ein Internierungslager für ukrainische Kriegsgefangene untersuchen soll. Moskau machte Kiew für den Angriff auf das Lager bei der Siedlung Jelenowka in der Volksrepublik Donezk verantwortlich, bei dem 50 Kriegsgefangene getötet und weitere 73 zum Teil schwer verletzt wurden. Kiew wies auch diese Anschuldigung zurück und behauptete, russische Truppen hätten diesen Angriff lanciert. Daraufhin wurden Experten der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes vom russischen Verteidigungsministerium eingeladen, um eine unparteiische Untersuchung vor Ort durchzuführen. Laut der Erklärung des Kremls, habe Guterres Putin versichert, dass die UN weiterhin aktive Vorbereitungen für diese Mission betreibe.

Was den Konflikt in der Ukraine als Ganzes angeht, so sieht António Guterres nach seinem Gespräch mit Wladimir Putin momentan keine Hoffnung auf baldige Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew.

"Es wäre naiv zu behaupten, dass wir einem Friedensabkommen nahe sind", sagte Guterres während einer Pressekonferenz in New York. Zwar seien die Vereinten Nationen jederzeit bereit, in jeglicher Hinsicht auf eine diplomatische Lösung hinzuarbeiten, die Chancen dafür seien aber gegenwärtig "minimal".

Kommende Woche beginnt bei den Vereinten Nationen in New York die Generaldebatte der UN-Vollversammlung. Präsident Putin wird nicht daran teilnehmen und sich stattdessen von Außenminister Sergei Lawrow vertreten lassen. Für die Ukraine soll eine Rede von Präsident Wladimir Selenskij geplant sein – ob er diese persönlich in New York oder via Videoschleife halten wird, blieb zunächst unklar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322f043b480cc079f11f346.jpg>

Atomkraftwerk Saporoschje im September 2022

11:38 de.rt.com: **Alliierte Streitkräfte befreien Majorsk in Donezker Volksrepublik**
Ein Zusammenschluss von Kräften der Donezker (DVR) und Lugansker (LVR)

Volksrepubliken hat mit Unterstützung der russischen Streitkräfte die Ortschaft Majorsk befreit. Dies verkündet das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der DVR. Auf dem Telegram-Kanal der Sicherheitsbehörde [heißt](#) es dazu:

"Am 15. September 2022 hat eine Gruppe von DVR- und LVR-Truppen mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte Majorsk auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik befreit."

Majorsk liegt nördlich von Gorlowka, wo sich ein befestigter Stützpunkt der ukrainischen Streitkräfte befand, von dem aus ständig Artilleriefeuer auf die Stadt gerichtet wurde.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/D1a1Gi7TVingDTLbQ7OI0MzNT-flwGOjki0aWH5aap_dAdw0CkPx3er_rkljnaYSXM4EwDDeGxdvKDOxu0oOmSokxtjWh6Px3i162_nuOGT0RjZut0rTX8gPFf58qRgCm30dyuiKU8g5GXQGS_XA_gjLfjaYp7iqs28_5CFjd_FIOLGSOxPEjLd-oc9zprtDUekJPdU1bnUMwXONxULOLtgfGzcr5pIihu96YABl2Jkm6lvz7kvYPQOExIB2Sf ohCjbrJbTVVZTPWj-Ey2yGm_Ce2Yb_akr4llfkGLPlSehc-HEXCNRlySxrx5Po8KhKAW4s9aWS9xCukf1m1XZSg.jpg

11:55 de.rt.com: **Putin in Samarkand: Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit**

Der russische Präsident Putin ist im usbekischen Samarkand eingetroffen. Er wird am Freitag an dem SOZ-Gipfeltreffen teilnehmen. Putin und der chinesische Präsident Xi treffen sich außerdem zu einem persönlichen Gespräch über die Ukraine-Krise. Im Schatten des Krieges in der Ukraine wird das SOZ-Gipfeltreffen in Usbekistan zur Bühne für ein neues Bündnis gegen den Westen.

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Donnerstag in Usbekistan eingetroffen, wo er an einem Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teilnehmen wird. Außerdem ist eine Reihe von bilateralen und multilateralen Treffen geplant. Die zweitägige Zusammenkunft am Donnerstag und Freitag findet in der usbekischen Stadt Samarkand statt.

Der chinesische Präsident Xi Jinping, der russische Präsident Putin sowie führende Vertreter Indiens und zentralasiatischer Staaten werden am Donnerstag in Usbekistan für ein Gipfeltreffen der SOZ als einer Organisation zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der

Mitgliedstaaten sowie zu Wirtschafts- und Handelsfragen und der Stabilität in der Region zusammenkommen. Die SOZ wurde – initiiert von Peking und Moskau – als Gegengewicht zum Einfluss der USA gegründet.

Im Schatten der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine wird das SOZ-Gipfeltreffen in Usbekistan zur Bühne für ein weiteres neues Bündnis gegen den Westen. Zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit gehören außer Russland und China mittlerweile auch Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Die SOZ strebt weiter danach, größere wirtschaftliche Kompetenzen in Asien zu entwickeln. Iran, die Golfstaaten und das NATO-Land Türkei interessieren sich ebenfalls für eine mögliche Kooperation mit dieser Organisation. In diesen Wochen wird die SOZ bereits Iran als neues Vollmitglied aufnehmen. Neben der Türkei werden Saudi-Arabien, Katar und Ägypten in Samarkand als neue Dialog-Partner vertreten sein.

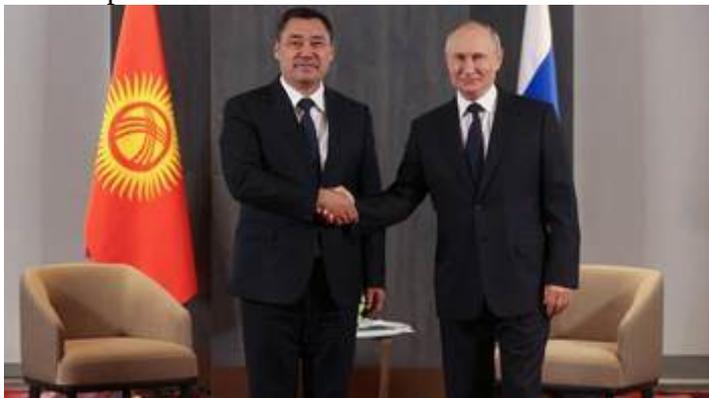
Das Treffen der SOZ findet zu einer Zeit statt, in der der Westen Russland wegen dessen Militäroperation in der Ukraine mit historisch beispiellosen Sanktionen überzogen hat. Die Beziehungen Pekings zum Westen sind zudem bereits länger durch Streitigkeiten über Technologie, Sicherheit und zunehmend auch durch eine angeblich offene Taiwan-Frage belastet.

Der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew ist Gastgeber des Gipfeltreffens. Im Vorfeld des Treffens erklärte er am Montag, das derzeitige System der internationalen Zusammenarbeit, das auf universellen Grundsätzen und Normen beruhe, beginne erheblich zu versagen. Einer der Hauptgründe dafür sei "eine tiefe Vertrauenskrise auf globaler Ebene", "die wiederum geopolitische Konfrontationen und Risiken des Wiederauflebens von Stereotypen des Blockdenkens provoziert".

Zum ersten Mal seit beinahe drei Jahren verlässt Chinas Staatschef seine Heimat – und trifft Putin in Samarkand. Auch Indiens Premier Narendra Modi wird anreisen, ebenso werden der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und die Staatschefs mehrerer zentralasiatischer Länder dort zusammenkommen.

Damit wirft diese Veranstaltung auch Schlaglichter auf die diverse kleinere Konflikte, in die Mitglieder und Beobachter der Organisation untereinander verstrickt sind. Neben dem Ukraine-Krieg zählen dazu der Angriff Aserbaidschans auf Armenien vor wenigen Tagen sowie Gefechte an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan, wo es zwischen Grenzschutzbeamten beider Staaten am Mittwoch zu Schusswechseln kam.

Nach Angaben des außenpolitischen Beraters des russischen Präsidenten sollten sich Putin und Xi Jinping zu einem persönlichen Gespräch über die Ukraine-Krise treffen. Auch mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan will der russische Präsident in Samarkand reden. Dabei wird es um Änderungen am Istanbuler Getreide-Abkommen gehen, von dem nach Ansicht Moskaus keineswegs die von Hunger bedrohten Staaten in Afrika, sondern vielmehr westliche Staaten profitieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322f3d648fbef5593631ef8.jpg>
Der russische Präsident Wladimir Putin trifft am Rande des Gipfeltreffens der Staats- und

Regierungschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) am 15. September 2022 in Samarkand auch mit seinem kirgisischen Amtskollegen Sadyr Shaparow zusammen.

11:59 de.rt.com: **Umfrage in der Slowakei: Mehr als die Hälfte der befragten Bürger unterstützt Russland im Ukraine-Konflikt**

Soziologen sind auf der Grundlage einer Umfrage unter der slowakischen Bevölkerung zu dem Schluss gekommen, dass mehr als die Hälfte der Bürger des Landes Russland im Konflikt in der Ukraine unterstützt. Die Teilnehmer wurden nach ihrer Einschätzung gefragt, wie der Konflikt enden werde. Dies berichtet das slowakische [Online-Portal Dennik N.](#) Laut den Ergebnissen der Umfrage, die zwischen dem 18. und 22. Juli von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften und den Agenturen MNFORCE und Seesame durchgeführt wurde, wünschten sich 20,6 Prozent der Befragten einen klaren Sieg Russlands im Konflikt in der Ukraine. 31,5 Prozent zeigten eine eher prorussische Position und sprachen sich für eine Lösung der Situation zu Russlands Gunsten aus. Der Umfrage zufolge sprechen sich 30 Prozent der befragten Slowaken pro-ukrainisch aus, von denen 19,9 Prozent einen klaren Sieg des Landes wünschen. 17,9 Prozent der Befragten lehnten es ab, ihre Haltung zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine zu äußern.

Die Soziologen befragten 1.000 erwachsene slowakische Bürger, die verschiedenen sozialen Gruppen angehören und in verschiedenen Regionen der Republik leben. Die Unterstützung für die Russische Föderation wurde in erster Linie von Anhängern der parlamentarischen Oppositionspartei "Richtung – Sozialdemokratie" und von Nichtmitgliedern der obersten gesetzgebenden Körperschaft des Landes, die dem rechten Teil des politischen Spektrums des Landes angehören, geäußert.

nachmittags:

12:21 de.rt.com: **Ankara irritiert über türkische Unternehmen auf ukrainischer Sanktionsliste**

Diplomatische Verstimmung zwischen Kiew und Ankara: Nachdem eine vom ukrainischen Außenministerium unterstützte Webseite zu Sanktionen für in Russland tätige türkische Unternehmen aufgerufen hatte, forderte das türkische Außenministerium eine "Erklärung" der Ukraine.

Ankara hat die Ukraine um "Erklärungen" zu einer Kampagne gebeten, die türkische Medien als Aufruf zu Sanktionen gegen türkische Unternehmen bezeichneten, sagte Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Mittwoch. Türkische Diplomaten hätten Schritte unternommen, um die Situation "sowohl in Kiew als auch in Ankara" zu klären, erklärte der Außenminister vor Journalisten.

Çavuşoğlu bestätigte, dass die Türkei von einer umfassenden ukrainischen Kampagne Kenntnis habe, die sich "nicht nur gegen türkische Unternehmen" richtet, sondern auch gegen mehr als 18.000 Personen und Einrichtungen aus verschiedenen Teilen der Welt, einschließlich der USA und der EU. Der Grund dafür seien angebliche Verbindungen zu Russland. Es seien jedoch gerade die türkischen Unternehmen, "die uns interessieren", fügte er hinzu.

Die Äußerungen des Außenministers erfolgten einen Tag, nachdem die türkische Zeitung *Aydınlık* auf eine Webseite aufmerksam gemacht hatte, die offenbar "mit dem ukrainischen Außenministerium verbunden" ist und auf der Personen und Unternehmen aufgelistet werden, die wegen ihrer angeblichen Geschäfte mit Russland sanktioniert werden sollen.

"Verdienstorden erster Klasse" für türkischen Unternehmer

Die türkische Regierung habe am 11. September den ukrainischen Botschafter in Ankara und die Regierung in Kiew um "Klarstellungen" gebeten, berichtete die Zeitung. Eine nicht namentlich genannte diplomatische Quelle sagte gegenüber *Aydınlık*:

"In Anbetracht unserer bestehenden strategischen Partnerschaft, Solidarität und Zusammenarbeit mit der Ukraine wird erwartet, dass türkische Einzelpersonen und Organisationen nicht von den Sanktionen betroffen werden."

Der Vorgang überrascht auch deswegen, weil der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij dem Vorstandsvorsitzenden des türkischen Rüstungskonzerns Baykar Makina am vergangenen Freitag den "Verdienstorden erster Klasse" verliehen hatte. Die Auszeichnung ging an Haluk Bayraktar.

Baykar Makina stellt seit 2014 die gleichnamige Kampfdrohne TB2 her, die immer mehr Staaten weltweit bestellen. Auch die Ukraine erhielt im vergangenen Jahr eine erste Lieferung, die Systeme wurden anschließend im Konflikt gegen Russland eingesetzt. Die Webseite Krieg & Sanktionen, die sich selbst als "die wichtigste Datenbank für Sanktionen, die wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine verhängt wurden", bezeichnet, wird nach eigenen Angaben vom ukrainischen Außenministerium und der Nationalen Agentur für Korruptionsbekämpfung unterstützt. Sie enthält auch Listen von Unternehmen und Einzelpersonen, "gegen die bereits Sanktionen verhängt wurden" und solche, "gegen die noch Sanktionen verhängt werden sollen".

Darin werden unter anderem Ausländer aufgeführt, die für russische Unternehmen arbeiten, sowie ausländische Unternehmen, die über Vermögenswerte in Russland verfügen und daher "wegen ihrer Unterstützung des russischen Krieges gegen die Ukraine" mit Sanktionen belegt werden sollten.

Tochtergesellschaften von mindestens drei türkischen Banken – T.C. Ziraat Bankası, Türkiye İş Bankası und Credit Europe Bank – stehen neben Tausenden anderer Unternehmen auf der Liste.

Kiew hat sich bisher nicht öffentlich zu den türkischen Reaktionen geäußert, aber die Ukraine hat wiederholt verschiedene Staaten, darunter die USA und ihre Verbündeten in Europa und anderswo, aufgefordert, den Sanktionsdruck auf Moskau weiter zu erhöhen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322e980b480cc079f11f33b.jpg>

Mevlüt Çavuşoğlu, 5. September 2022

12:32 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: Ukrainische Streitkräfte verlegen modernisierte militärische Ausrüstung und Aufklärungsgruppen in die Volksrepublik Donezk**

Die ukrainische Armee hat Aufklärungsgruppen sowie modernisierte Ketten- und Räderfahrzeuge in eine Reihe von Städten in der Donezker Volksrepublik (DVR) verlegt, die unter ihrer Kontrolle stehen. Dies teilte Andrei Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR), am Donnerstag unter Berufung auf Informationen des Geheimdienstes der Republik mit. Er [schrieb](#) in seinem Telegram-Kanal:

"Die Ankunft von umgebauten und aufgerüsteten gepanzerten Ketten- und Radfahrzeugen der ukrainischen bewaffneten Formationen wurde in dem Dorf Tschasow Jar erspäht. Mindestens drei Panzer, ein BMP-1 Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Patrouillenfahrzeug vom Typ BRDM wurden entdeckt, das Kriegsgerät wurde in der Stadt

Lwow rekonstruiert."

Nach Angaben von Marotschko wurde die Arbeit kleiner Aufklärungsgruppen des 140. separaten Aufklärungsbataillons der ukrainischen Streitkräfte in den Städten Sewersk und Soledar aufgedeckt. Er fügte hinzu:

"In Zusammenarbeit mit den Einheiten, deren Zuständigkeitsbereich diese Gebiete umfasst, arbeiten die Aufklärer daran, die Positionen der alliierten Streitkräfte zu identifizieren und nach geeigneten Orten für die Durchführung von Angriffsoperationen zu suchen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6322f75048fbef52a21d3569.jpg>

Ukrainische BMP-2 Schützenpanzer

12:43 de.rt.com: **Vertrauliche Einsatzplanung: Berliner Polizei bereitet sich auf Unruhen und Plünderungen vor**

Von der Landespolizeidirektion Berlin wird ein Einsatzplan für die Lage bei Verteuerung, Verknappung und Ausfall der Stromversorgung erarbeitet. Vorbereitet werden die Polizeieinsätze im Fall von Demonstrationen, Unruhen und Plünderungen. Ein Blackout werde immer wahrscheinlicher.

Die Berliner Polizei bereite derzeit für den Fall eines Zusammenbruchs der Stromversorgung ein vertrauliches Einsatzkonzept vor, berichtet [Die Welt](#) am Donnerstag. Bis Ende des Monats soll dieses Konzept dann an die einzelnen Polizeidienststellen verschickt werden. Nach Informationen der Zeitung wird der Einsatzplan von der Landespolizeidirektion und dem Landeskriminalamt erarbeitet. Die Polizei würde ihr Vorgehen "bei drei Stufen" planen: Verteuerung, Verknappung sowie Ausfall der Energieversorgung.

Zu jedem der drei Szenarien gäbe es Prognosen über das mögliche Verhalten der Bevölkerung und zur Entwicklung der Kriminalitätslage. Laut Einschätzung der Polizei wäre die erste Stufe "Verteuerung" schon eingetreten. Infolgedessen stiege aktuell die Wahrscheinlichkeit von Demonstrationen und Aufmärschen. Das Eintreten der zweiten Stufe, also eine baldige Verknappung der Energieversorgung werde inzwischen als wahrscheinlich bewertet. Damit verbunden wäre eine Rationierung von Strom und Gas. Beim völligen Zusammenbruch der Stromversorgung – unter den Szenarien die dritte Stufe – rechnete die Polizei mit Plünderungen und Unruhen.

Ein Polizeisprecher habe sich laut Welt zu den Vorbereitungen in folgender Weise geäußert: "Als Mitverantwortliche für die Sicherheit in der Hauptstadt ist es für die Polizei Berlin selbstverständlich, sicherheitsrelevante Szenarien vorzudenken und deren Bewältigung zu planen sowie vorzubereiten."

Im Ernstfall müsse man schnell und wirkungsvoll zum Schutz der Bevölkerung handeln können, so der Polizeisprecher. Deshalb würde sich die Berliner Polizei "auf die Wahrscheinlichkeit des Eintretens bestimmter Reaktionen fokussieren." In der Planung kooperiere man mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Energie.

Auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), Dr. Gerd Landsberg, habe der Welt erst kürzlich gesagt, dass er die Gefahr eines Blackouts als gegeben ansehe. Seiner Meinung nach sei Deutschland nicht genügend vorbereitet. Die Stromversorgung könne sowohl durch einen feindlichen Hackerangriff als auch durch eine Überlastung des Stromnetzes unterbrochen werden. Landsberg zufolge sollten sich die Bürger darauf so vorbereiten:

"Den Bürgern empfehle er, sich auf so ein Szenario vorzubereiten und für 14 Tage Wasser und Lebensmittel im Haus zu haben."

Nach einem von der Bundesregierung beauftragten Stresstest bei vier Übertragungsnetzbetreibern habe sich herausgestellt, dass die Stabilität des Stromnetzes unter ungünstigen Umständen möglicherweise nicht mehr gewährleistet sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63230186b480cc0bf6552f7a.jpg>
Sonnenuntergang am Kohlekraftwerk Neurath am 1. August 2022

13:04 de.rt.com: **Zahl der Personen, die in den befreiten Teil des Gebietes Saporoschje aus der Ukraine einreisen wollen, hat sich verdoppelt**

Die Zahl der Menschen, die aus den von Kiew kontrollierten Territorien in den befreiten Teil des Gebietes Saporoschje einreisen wollen, habe sich verdoppelt, so Natalia Romanitschenko, Leiterin des Grenzbezirks Wasiljewski des Gebietes Saporoschje, am Donnerstag. Sie erklärte laut [TASS](#):

"Angesichts der Propaganda aus der Ukraine und der Lage im Gebiet Charkow hat der Zustrom von Menschen in unser Gebiet zugenommen. Das sind nicht nur diejenigen, die nach Hause zurückkehren wollen, sondern auch Menschen, die die Ukraine verlassen wollen. Die Zahl der Einreisewilligen hat sich verdoppelt, früher waren es 500 bis 700 Menschen, jetzt sind es etwa 1.000."

13:33 de.rt.com: **Russlands Katastrophenschutzministerium schickt an DVR und LVR Feuerwehrausrüstung und -fahrzeuge**

Das russische Katastrophenschutzministerium habe im Rahmen seiner Hilfsaktion die notwendigste Ausrüstung und Geräte an die Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) geschickt. Dies teilte der [Presse Dienst](#) der russischen Behörde am Donnerstag mit. Russische Feuerwehrleute und Retter hätten ihre Kollegen nicht im Stich lassen können und die Aktion "Hilfe für Feuerwehrleute im Donbass" gestartet. Dabei seien Geldmittel gesammelt und Feuerwehrausrüstung gekauft und in den Donbass geschickt worden. Feuerwehrleute und Rettungskräfte aus ganz Russland sollen daran teilgenommen haben. Unter anderem seien Feuerlöscher, Rettungsdienstkleidung, Flammenschutzhauben, Tankwagen, Leitern geliefert worden, damit die Feuerwehrleute der DVR und LNR die durch Beschuss verursachten Brände löschen können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632306e448fbef0545408dbb.jpg>

Mitarbeiter des russischen Katastrophenschutzministeriums beseitigen die Trümmer eines zerstörten Hauses in Mariupol

14:47 (13:47) novorosinform.org: **Bis zu 30 Kämpfer der Omega-Spezialeinheiten der Streitkräfte der Ukraine wurden in der Region Charkow eliminiert - Verteidigungsministerium**

Auf dem Charkower Frontabschnitt zerstörten die RF-Streitkräfte bis zu 30 Soldaten der 116. Brigade der Territorialverteidigung und der Omega-Spezialeinheit. Dies wurde vom russischen Verteidigungsministerium mitgeteilt.

Die Behörde berichtete auch, dass 10 Einheiten militärischer Ausrüstung deaktiviert worden seien.

In Richtung Nikolajew verloren die 24., 28. mechanisierten Brigade und der 46. Luftmobilbrigade der Streitkräfte der Ukraine bis zu 500 Soldaten sowie 40 gepanzerte Fahrzeuge.

Bei einer erfolglosen Offensive der ukrainischen Nationalisten der 10. Gebirgsjägerbrigade wurden in der Nähe des Dorfes Spornoje bis zu 80 Personen getötet.

Im Laufe des Tages wurden zwei ballistische Totschka-U-Raketen sowie 30 Geschosse der Raketensysteme Olcha und HIMARS in den Gebieten des Wasserkraftwerks Kachowskoje, des Dorfes Trudowoje in der Region Saporoschje und der Stadt Cherson abgeschossen.



https://www.novorosinform.org/content/images/33/17/53317_720x405.jpg

13:48 de.rt.com: **Scheidender ukrainischer Botschafter Melnyk beklagt Deutschlands "Versagen"**

Andrei Melnyk war am Dienstagabend zu Gast in der ARD-Talkshow "Maischberger". Dort erklärte der scheidende ukrainische Botschafter, Putin könne mit "der deutschen Seele" nach Belieben spielen, indem er die deutsche Angst zu seinem Vorteil nutze.

Deutschland habe in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in seiner Politik aufgrund der Angst vor dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dessen "Einschüchterungen" versagt, behauptete der scheidende Botschafter der Ukraine, Andrei Melnyk, am Dienstagabend in der ARD-[Talkshow](#) von Sandra Maischberger, wo er als Gast geladen war. Der wegen seiner zahlreichen umstrittenen Äußerungen – auch gegen Bundeskanzler Olaf Scholz – immer wieder in die Schlagzeilen geratene Diplomat sinnierte darüber, dass der russische Staatschef genau wisse, wie man mit der deutschen Seele spielt. "Putin kennt die deutsche Seele und kann leider gut damit spielen", sagte er und fügte hinzu, dass Putin im Dialog mit Berlin auf "Einschüchterung" setze.

Der Botschafter meinte zudem, dass er die Gefahr eines Einsatzes von taktischen Nuklearwaffen durch Moskau im Rahmen der russischen Militäroperation in der Ukraine eher gering einschätze, da der Preis für ein solches Handeln sehr hoch sein würde. Russland liefere zudem damit Gefahr, sich auch von China und Indien zu isolieren.

Melnyk äußerte sich zu seinem Abgang als Botschafter in einem ungewöhnlich selbstkritischen Ton. "Man muss für seine Fehler geradestehen", sagte er und fügte an, dass egal, wie kritisch man gegenüber der Regierung stehe, Deutschland der wichtigste Verbündete der Ukraine in Europa sei.

"Wenn es um die EU und die NATO geht, müssen wir die Deutschen für uns gewinnen. Ich wünsche meinem Nachfolger, dass er das besser macht als ich."

Die Äußerungen Melnyks folgen auf eine Schelte des ukrainischen Außenministers Dmitri Kuleba in Richtung Deutschland, weil seiner Ansicht nach Berlin kein "einziges rationales Argument" dafür vorgebracht habe, warum es die Ukraine nicht mit Kampfpanzern beliefern könne. Kuleba beschuldigte die Bundesregierung, sie habe "nur abstrakte Befürchtungen und Ausreden" anzubieten.

Melnyk wurde Anfang Juli nach einer Reihe von Kontroversen vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij entlassen. Zu seinen schlagzeilenträchtigen Äußerungen gehörte die Bezeichnung des deutschen Bundeskanzlers als "[beleidigte Leberwurst](#)" und seine [Verteidigung von Stepan Bandera](#), einem umstrittenen ukrainischen nationalistischen Helden, der während des Zweiten Weltkrieges mit den Nazis kollaborierte.

Melnyk bestand in seinem Gespräch mit dem Journalisten Tilo Jung darauf, dass Bandera nicht in den Massenmord an Juden und Polen während des Krieges verwickelt gewesen sei. Nach empörten Reaktionen aus Polen und Israel musste das [Außenministerium der Ukraine](#) erklären, dass die Äußerungen des Botschafters nicht die offizielle Position Kiews widerspiegelten.

Dass er sich mehrfach im Ton vergriffen hat, bezeichnete Melnyk in der Sendung als "Hilferufe". "Wenn jemand am Ertrinken ist, kann er nicht höflich bleiben, da muss man laut schreien und lauter werden als sonst. Ich hoffe, dass die Deutschen Nachsicht mit mir haben werden, wenn ich weg bin."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63230a7db480cc096c39714e.jpg>
Der scheidende ukrainische Botschafter Andrei Melnyk am 13. September 2022 in der ARD-Talkshow "Maischberger"

14:27 de.rt.com: **Bericht: USA und EU verstärken Druck auf Türkei wegen Russlandsanktionen**

Die USA und die EU erhöhen den Druck auf die Türkei, Sanktionen gegen Russland einzuführen. Das berichtet die Financial Times unter Berufung auf Quellen. Im Fokus stehen türkische Banken, die das russische Zahlungssystem MIR akzeptieren.

Laut einem Bericht der Financial Times erhöhen die USA und die EU den Druck auf die Türkei, da sich der Westen auf einer strengeren Umsetzung bestehender antirussischer Sanktionen fokussiert. "Sie werden sehen, dass wir uns auf die Umgehung von Sanktionen im Finanzsektor konzentrieren", sagte ein Gesprächspartner zur Zeitung.

"Wir werden ganz klar eine Botschaft aussenden, dass zum Beispiel Finanzinstitute aus Drittländern sich nicht mit dem MIR-Zahlungssystem verbinden sollten, weil dies, wie Sie wissen, einige Risiken der Sanktionsumgehung birgt".

"Wir müssen Schlupflöcher schließen", sagte eine weitere Quelle, die laut der Zeitung an jüngsten Gesprächen zwischen der EU und den USA über die Durchsetzung von Sanktionen beteiligt war.

Wally Adeyemo, stellvertretender US-Finanzminister, soll sich an türkische Unternehmen schriftlich gewandt und sie vor "Russlands Versuchen, Ihr Land zu nutzen, um Sanktionen zu umgehen", gewarnt haben. Mairead McGuinness, die EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, soll kommenden Monat persönlich in die Türkei reisen, sagten die Gesprächsquellen.

Die EU und die USA wollen demnach auch Organisationen ins Visier nehmen, die Moskau bei der Verarbeitung russischer Exporteinnahmen unterstützen oder die Einfuhr von Industrie- oder Verteidigungsprodukten erleichtern, die unter westlichen Sanktionen verboten sind.

"Russland wird jede Tür ausprobieren. Und jedes Land muss bedenken, dass wir das verfolgen und mit ihnen sprechen werden", warnte James O'Brien, Sanktionskoordinator im US-Außenministerium.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan verfolgt im Ukraine-Konflikt einen, wie er es nennt, ausgewogenen Ansatz. Dass er gegen Russland keine Sanktionen verhängt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau ausbauen will, soll seine westlichen Verbündeten alarmiert haben. Zudem sagte Erdoğan neulich, dass es "ernsthafte Fortschritte" bei der Erweiterung des russischen Zahlungssystems MIR in der Türkei gebe. Fünf große Banken seines Landes akzeptierten derzeit das Zahlungssystem, das von der russischen Zentralbank als inländische Alternative zu Visa und Mastercard ins Leben gerufen wurde. In den vergangenen Tagen gab es in den russischen Medien Meldungen, wonach mehrere türkische Hotels die MIR-Karten nicht mehr akzeptieren. Die Hotels bezogen sich dabei auf

eine Entscheidung der türkischen Zentralbank. Einige Reisende, die in der Türkei gerade auf Urlaub sind, bestätigten, dass ihre Karten nicht mehr funktionieren. Andere Reisende berichteten, dass sie nach wie vor mit ihren Karten bezahlen können.

Die MIR-Karten würden in der Türkei überall dort akzeptiert, wo sie zuvor akzeptiert worden seien, beruhigte am Donnerstag Wladimir Komlew, Generaldirektor des Nationalen Zahlungskartensystems. Ihm zufolge seien nur wenige Problemfälle bekannt. "Wir haben diese Situation sorgfältig untersucht und alle unsere türkischen Partner kontaktiert. Sie alle bestätigten, dass es keinen Grund zur Unruhe gibt, die Arbeit geht wie bisher weiter." Auch der russische Verband der Reiseveranstalter (ATOR) bestreitet, dass es sich um ein massenhaftes Problem handelt. Nach Angaben des Verbandes werden die Karten nach wie vor akzeptiert. Darüber hinaus gebe es keine Beweise für eine Anweisung der türkischen Zentralbank, die Annahme aller MIR-Karten zu verbieten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632305c3b480cc085215e914.jpg>

14:31 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Ukrainische Truppen haben keine Chance, vom Meer aus ins Gebiet einzudringen**

Einheiten der ukrainischen Streitkräfte würden ständig versuchen, in das Gebiet Cherson einzudringen, auch vom Meer aus, es werde ihnen aber nicht gelingen, betonte Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes, am Donnerstag. Er hob laut [TASS](#) hervor:

"Alles ist unter Kontrolle, der gesamte Umkreis ist abgedeckt. Es gibt keine Möglichkeit, vom Meer aus einzudringen. Es wird noch viele weitere Versuche geben."

Zuvor hatte Stremoussow erklärt, dass eine ukrainische Landungsgruppe mit etwa 120 Personen mithilfe kleiner Boote versucht hatte, im Bereich der Nehrung von Kinburn zu landen. Ihm zufolge sei der Versuch vereitelt worden. Dabei seien einige der Boote versenkt worden, andere konnten entkommen.

14:55 de.rt.com: **Schweizer Behörden entziehen russischem Verein Lehrgenehmigung**

Weil ein Mitglied des russischen Vereins "Russkij Basel" während eines Festumzugs ein "Z-Symbol" trug, wurde dem Verein nun vom Basler Erziehungsdepartement die Lehrbewilligung entzogen. Der Verein bot in Basel Russischunterricht an.

Während eines Festumzugs in Pratteln im Schweizer Kanton Basel am 26. August trug ein Mitglied des russischen Vereins "Russkij Basel" ein "Z-Symbol". Offenbar Grund genug für das Erziehungsdepartement des Kantons, dem Verein die Lehrbewilligung für Russisch-Sprachkurse zu entziehen.

Das Erziehungsdepartement beende die Zusammenarbeit mit dem Verein "Russkij Basel", erklärte Erziehungsdirektor Conradin Cramer am Mittwoch. "Russkij Basel" bot in der Stadt und im Kanton Basel Kurse für "heimatliche Sprache und Kultur" Russlands an. In den

Kursen wurden Primarschüler unterrichtet.

Nun entzog Cramer dem Verein die Bewilligung zur Erteilung der Kurse. Das Basler Erziehungsdepartement hatte bereits letzten Donnerstag erklärt, die Zusammenarbeit beenden zu wollen. Der definitive Entscheid wurde aber auf diese Woche verschoben, damit der Verein sich noch äußern konnte.

Laut Cramer biete der Verein, insbesondere wegen der "Aktivitäten einer Lehrperson", keine Gewähr mehr für "politisch neutralen Unterricht". Das Gleiche gelte für die "Anerkennung unserer Grundrechte und Grundwerte", so der Politiker weiter. Allerdings seien bei einem Unterrichtsbesuch im Frühling dieses Jahres keine Anzeichen politischer Beeinflussung festgestellt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6323101748fbef5b62123585.jpg>

Altstadt von Basel

14:59 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukraine verliert an der Südfront bis zu 500 Soldaten**

Die ukrainische Armee hat bis zu 500 getötete und verwundete Soldaten in den Gebieten Nikolajew und Cherson durch Angriffe der russischen Streitkräfte zu beklagen. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. In einer entsprechenden Mitteilung hieß es laut [RIA Nowosti](#):

"Die Verluste der 24. und 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Armee in der Nähe der Siedlungen Krasnoje Snamja und Nowogrigorowka im Gebiet Nikolajew sowie der 46. mobilen Brigade der ukrainischen Armee in der Nähe der Siedlungen Suchoj Stawok und Belogorka im Gebiet Cherson beliefen sich auf 500 getötete und verwundete Soldaten und über 40 Einheiten Kriegsgerät."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6323063bb480cc08c36d837c.jpg>

15:11 de.rt.com: **"Sie schaden sich selbst" – Polen und baltische Staaten verbieten Russen**

die Einreise

Polen, Lettland, Litauen und Estland führen ab dem 19. September Einreisebeschränkungen für russische Bürger mit von anderen EU-Staaten erteilten Visa. Die Länder gaben am Donnerstag, den 8. September, nach einem Treffen der Außenminister eine gemeinsame Erklärung ab. Betroffen sind Reisen zu geschäftlichen, touristischen, sportlichen und kulturellen Zwecken sowie zur Durchreise in andere Mitgliedsstaaten. Es gelten Ausnahmen für Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, Familienangehörige von EU-Bürgern, Inhaber von Aufenthaltsgenehmigungen und Mitarbeiter internationaler Speditionen sowie den Transit nach Kaliningrad.

Am Mittwoch, den 31. August, gab der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, Josep Borrell, bekannt, dass die EU-Außenminister beschlossen haben, das Visae erleichterungsabkommen mit Russland vollständig einzufrieren. Am Donnerstag, den 8. September, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, dass Moskau eine Antwort auf die "unfreundliche Politik der Europäischen Union" ausarbeiten werde.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257865&hash=95fc10c41d0684e2" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257865

15:26 de.rt.com: **Russische Luftabwehr hat zwölf ukrainische Drohnen an einem Tag abgeschossen**

Nach Angaben des täglichen [Briefings](#) des russischen Verteidigungsministeriums vom Donnerstag habe die russische Armee binnen 24 Stunden fünf Munitionsdepots im Gebiet Charkow und der Volksrepublik Donezk zerstört. Außerdem habe die russische Luftabwehr zwölf ukrainische Drohnen in den Gebieten Nikolajew, Cherson, Saporoschje und der Volksrepublik Donezk abgeschossen.

Darüber hinaus seien in der Volksrepublik Lugansk und in der Stadt Donezk zwei ballistische Raketen vom Typ Totschka-U abgeschossen worden. Zudem seien 30 HIMARS- und Olcha-Geschosse in der Nähe des Kachowka Wasserkraftwerkes, der Stadt Cherson und im Gebiet Saporoschje abgefangen worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6323103e48fbef519e7e2c0c.jpg>

Russisches Raketenabwehrsystem des Typs BUK-M3 im Donbass

15:44 de.rt.com: **Kosovo will EU-Mitgliedschaft beantragen**

Serbiens abtrünnige Provinz will bis Jahresende den Antrag auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellen. Damit will das Kosovo auch Zugang zu Beitrittsmitteln erlangen.

Doch noch immer erkennen fünf EU-Mitgliedsländer die Staatlichkeit der abtrünnigen Region nicht an.

Im Februar dieses Jahres feierte das Kosovo das 14-jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeitserklärung. Serbien erkennt die Staatlichkeit seiner abtrünnigen Provinz jedoch weiterhin nicht an – trotz des Drucks aus zahlreichen westlichen Staaten, diese zu akzeptieren. Doch auch fünf EU-Mitgliedsländer – Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei – haben diesen Schritt noch nicht unternommen.

Nun will Pristina bis Ende 2022 einen offiziellen Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft stellen. Man wolle so Zugang zu den Vorteilen des Kandidatenstatus erhalten, erklärte die Außenministerin des Kosovo am Mittwoch gegenüber lokalen Medien. Brüssel hat unter anderem sogenannte [Finanzierungsprogramme](#) für EU-Heranzugewandene Länder. Donika Gërvalla-Schwarz sagte dem Fernsehsender KlanKosova:

"Wir haben gesagt, dass wir uns dieses Jahr bewerben werden, und das werden wir auch tun." Pristina hätte bereits seinen "internationalen Partnern" mitgeteilt, dass man sich "noch in diesem Jahr" bewerben wolle, "weil wir den Status eines EU-Beitrittskandidaten anstreben", fügte Gërvalla-Schwarz hinzu. Sie betonte, dass über 90 Prozent der Einwohner des Kosovo eine Mitgliedschaft in der EU und der NATO befürworteten und beides als den "einzigen Weg in eine europäische Zukunft" unterstützten, was den Beitrittsantrag ihrer Meinung nach "völlig logisch" mache. Gërvalla-Schwarz führte an:

"Das Kosovo ist ein Vorreiter der Demokratie in unserer Region."

Deshalb gebe es laut der kosovarischen Außenministerin "keinen Grund" dafür, "das Kosovo anders zu behandeln als andere Länder der Region, die bei Weitem nicht so demokratisch sind".

Bereits im Juni hatte Ministerpräsident Albin Kurti während des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Pristina angekündigt, dass man bis Ende des Jahres einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stellen wolle. Die abtrünnige serbische Provinz hat derzeit den Status eines "potenziellen Beitrittskandidaten".

Die transatlantische Militärallianz NATO besetzte die Provinz 1999 nach einem 78-tägigen Krieg gegen das damalige Jugoslawien auf Seiten ethnischer albanischer Separatisten. Die von den USA unterstützte Regierung in Pristina erklärte am 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit der Provinz. Die USA waren das erste Land weltweit, das das Kosovo einen Tag später als Staat anerkannt hatte. Deutschland tat dies zwei Tage danach. Doch die UNO erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo bislang nicht an. Auch Russland und China nicht. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärte diese Woche im Parlament bei einer Sitzung zum Thema Kosovo, dass die EU derzeit versuche, Belgrad zur Anerkennung als Vorbedingung für den Beitritt zur EU zu drängen. Er habe jedoch nicht die Absicht, dies während seiner Amtszeit zu tun.

Unterdessen reiste der kosovarische Ministerpräsident Kurti zu einem außerplanmäßigen Besuch ins benachbarte Albanien, um mit dem albanischen Premierminister Edi Rama über Wirtschafts- und Energiefragen zu sprechen. Kurtis Partei spricht sich offen für die Vereinigung des Kosovo und Albaniens aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6322da3948fbef52a21d3534.jpg>
Kosovaren feiern am 17. Februar 2009 in Pristina den ersten Jahrestag der selbst
ausgerufenen Unabhängigkeit. Sie schwenken die Flaggen des Kosovo, der EU, der USA und
Albaniens.

16:18 de.rt.com: **Ukrainischer Drohnenanschlag? – Russische Journalisten überleben im brennenden PKW**

Ein Kamerateam des Moskauer Senders "TV-Zentr" überlebte am Donnerstag einen mutmaßlich ukrainischen Anschlag auf ihr Fahrzeug. Die Journalisten und ihr Fahrer konnten aus dem nach einer Explosion brennenden PKW gezogen werden. Drei von vier Mitgliedern der Gruppe erlitten Prellungen und Hautabschürfungen.

Nach einem mutmaßlich ukrainischen Anschlag auf eine Reportergruppe des Moskauer TV-Senders TV-Zentr im Gebiet Saporoschje am Donnerstag konnten die Journalisten aus dem brennenden PKW lebend gerettet werden. Nikita Wassiljew, der Leiter der Gruppe, der Assistent des Kameramanns und der Fahrer erlitten Prellungen und Hauptabschürfungen. Sie befinden sich derzeit zur Beobachtung in einem Krankenhaus. Der Kameramann des TV-Teams blieb unverletzt.

Nikita Wassiljew [berichtete](#) zum Hergang des Vorfalls in einer [improvisierten Schalte](#) für seinen Sender:

"Wir waren mit dem Militär auf dem Weg zu unseren Stellungen, um einen weiteren Bericht über die Verlegung schwerer ukrainischer Waffen an die Frontlinie im Gebiet von Saporoschje zu drehen. Während der Fahrt in der sogenannten Grauzone kam es zu einer Explosion auf der Straße. Der Fahrer wich scharf zur Seite aus, das Auto überschlug sich, und ich verlor das Bewusstsein. Dann erinnere ich mich, dass ich aus dem Auto gezogen wurde und dass das Auto in Flammen stand. Anschließend sah ich Soldaten, die in die Luft schossen."

Der Journalist geht davon aus, dass das Auto von einer Drohne aus getroffen wurde, da die Soldaten nach dem Vorfall in die Luft schossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6323307548fbef4f44086857.PNG>

Screenshot der Reportage von Nikita Wassiljew nach dem Anschlag (15.09.22)

16:29 de.rt.com: **Ungarns Außenminister: Sanktionspolitik könnte EU in die Knie zwingen**

Die EU sollte ihre Sanktionspolitik und die Versuche, Russland zu schwächen, beenden, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó. Er betonte in den sozialen Medien: "Man sollte endlich auf Maßnahmen verzichten, die nur zu einer weiteren Eskalation führen. Die Sanktionspolitik zeigt immer deutlicher, dass sie nicht funktioniert, denn der Versuch, die Russen zu schwächen, könnte Europa in die Knie zwingen."

Die ungarischen Behörden haben Brüssel immer wieder aufgefordert, seine antirussische Politik zu überdenken. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte, dass bereits 11.000 restriktive Maßnahmen gegen Russland verhängt wurden, die jedoch erfolglos waren und die daraus resultierende Inflation und Energieknappheit zu einer Krise in Europa führten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63230b93b480cc08192490df.jpg>

Péter Szijjártó

16:57 de.rt.com: **EU-Investitionsbank zahlt Ukraine Kredit über 500 Millionen Euro aus**
Laut der Weltbank betragen die Auslandsschulden der Ukraine vor der militärischen Eskalation schon rund 130 Milliarden US-Dollar. Jetzt kommt noch mal etwas dazu: Die Europäische Investitionsbank (EIB) zahlt der Ukraine den ersten Teil eines milliardenschweren Kreditpakets aus.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat den ersten Teil eines milliardenschweren Kreditpakets an die Ukraine ausgezahlt. Die ersten 500 Millionen Euro hätten das Land erreicht, teilte die Europäische Kommission am Donnerstag mit. Mit dem Geld sollen demnach beschädigte Straßen, Brücken und Eisenbahninfrastruktur repariert werden. Auch wichtige staatliche Unternehmen im Straßen- und Bahnsektor sollen unterstützt werden.

Die EIB hatte Kiew im Juli Kredite von insgesamt 1,59 Milliarden Euro zugesagt, die durch Garantien aus dem EU-Haushalt gestützt werden. Davon sind 1,05 Milliarden als Notfallhilfen vorgesehen, um etwa Reparaturen zu finanzieren – darunter auch das nun ausgezahlte Geld –, sowie 540 Millionen für bestehende Projekte, die die EU-Bank schon unterstützt hatte. Zuvor hatte die Förderbank bereits Notkredite über 668 Millionen Euro an die Ukraine gezahlt. Zusätzlich bekommt das Land auch Geld direkt von der EU.

Laut Daten der Weltbank hatte die Ukraine bis zum Beginn der militärischen Eskalation mit Russland 129 Milliarden US-Dollar Schulden, was 78,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6323224d48fbef52a21d35d1.jpg>
Europäische Investitionsbank (EIB) auf dem Kirchberg (Europaviertel) in Luxemburg,
Aufnahme vom 8. Mai 2022

16:58 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Westen trägt Verantwortung für mögliche nukleare Zwischenfälle am AKW Saporoschje mit**

Die westlichen Staaten wissen, dass die ukrainische Seite das Kernkraftwerk Saporoschje beschießt und für mögliche nukleare Zwischenfälle verantwortlich ist, da sie Kiew immer noch nicht aufgefordert haben, den Beschuss einzustellen. Darauf wies Michail Uljanow, der ständige Vertreter Russlands bei internationalen Organisationen in Wien, in einer Rede vor dem Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) am Donnerstag hin. Er erklärte laut [TASS](#):

"Die westlichen Staaten sind sich des Beschusses durch die ukrainische Seite durchaus bewusst. Die meisten von ihnen haben in letzter Zeit von den absurden Behauptungen Abstand genommen, die Russen würden sich seit fast zwei Monaten systematisch selbst beschießen. Wenn die westlichen Länder jedoch ernsthaft um die Gefahr einer nuklearen Katastrophe besorgt sind, sollten sie Kiew ausdrücklich auffordern, sein rücksichtsloses Vorgehen einzustellen. Solange sie das nicht tun, liegt die Verantwortung für mögliche nukleare Zwischenfälle auch bei ihnen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6323153eb480cc1ec4553d34.jpg>
g

Michail Uljanow

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 15. September 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 42 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen.

Mehr als 5400 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am

Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 21 Hektar Territorium untersucht und 281 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften** durchgeführt. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:20 de.rt.com: **Putin: Russland und China "stehen für eine gerechte, demokratische, multipolare Weltordnung"**

Bei dem Treffen der Staatschefs Russlands und Chinas am Rande der multilateralen Konferenz in Samarkand schätzte Wladimir Putin die Zusammenarbeit beider Länder hoch ein. Was die eurasische Region derzeit besonders zusammenhalten lasse, sei das rücksichtslose Streben der USA nach Weltherrschaft.

Die derzeitigen Bestrebungen, eine unipolare Welt zu schaffen, "haben in letzter Zeit eine absolut hässliche Form angenommen, die die überwältigende Mehrheit der Nationen des Planeten für inakzeptabel hält." Das sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping am Rande des Gipfeltreffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand, Usbekistan.

Russland und China "stehen gemeinsam für eine gerechte, demokratische, multipolare Weltordnung, die auf dem Völkerrecht und der zentralen Rolle der UNO beruht. Und nicht auf irgendwelchen Regeln, die jemand erfunden hat und versucht, sie anderen aufzuzwingen, ohne auch nur zu erklären, worum es sich dabei handelt", ergänzte Putin.

Während des Treffens dankte der russische Präsident seinem Amtskollegen Xi für Chinas ausgewogene Haltung zur Ukraine-Krise. Er bekräftigte auch die Unterstützung Russlands für die "Ein-China-Politik" und Pekings Anspruch auf Souveränität über die Insel Taiwan. Putin lobte die SOZ als "ein Forum für konstruktive und kreative Zusammenarbeit". Er merkte an, dass die Mitglieder der Gruppe zwar unterschiedliche kulturelle Traditionen, Wirtschaftsmodelle und außenpolitische Prioritäten hätten. Ihre Bereitschaft, als gleichberechtigte Partner zusammenzuarbeiten und einander zu respektieren, habe aber dazu

beitragen, dass die SOZ in relativ kurzer Zeit an Bedeutung gewonnen habe, so der russische Staatschef.

"Sie ist jetzt die größte regionale Organisation der Welt, die einen riesigen geografischen Raum und etwa die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten vereint", unterstrich Putin. Die SOZ ist eine Organisation zur wirtschaftlichen Integration und Vertrauensbildung, die eine Reihe eurasischer Staaten, darunter Russland und China, vereint. Zu den weiteren ständigen Mitgliedern gehören Indien, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Während des laufenden Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten unterzeichnete der Iran die Verpflichtung, seinen Status von einem Beobachter zu einem Vollmitglied aufzuwerten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632341c148fbef5b621235d8.jpg>

Wladimir Putin am Rande des SOZ-Gipfels, 15. September 2022

Dan-news.info: Denis Puschilin zu Fragen der Wasserversorgung und der Lebensmittelpreise:

„Ich habe die Situation mit der Einhaltung der Zeitpläne für die Wasserversorgung kontrolliert, die sich tatsächlich sehr stark davon unterscheidet, was mir in den Berichten mitgeteilt wurde. Wir wissen, dass es nicht genug Wasser gibt, aber die Zeitpläne müssen eingehalten werden. Die Menschen müssen wissen, wann es Wasser gibt, wenn auch in begrenztem Umfang, das betrifft das technische Wasser. Es gibt Ideen, wie die Ausgabe von Trinkwasser in Schulen vereinfacht werden kann. Eine wichtige Frage für diejenigen, die nicht gemeldet sind, aber es muss darauf reagiert werden, wo Menschen tatsächlich leben. Ein Vorschlag, wieder diese Frage gelöst werden kann, wird umgesetzt werden.“

„Ein Chat-Bot zu Preisen wurde in Betrieb genommen und wir haben auf Anfragen dort bereits Kontrollorgane an Ort und Stelle geschickt. Aber das Problem ist tiefer und ernster, ich habe das heute kontrolliert, das Problem liegt nicht einmal im Einzelhandel, sondern im Großhandeln. Damit werden wir uns auch befassen. Es ist notwendig zusätzliche Großhandelsbasen heranzuziehen, weil es in Rostow um 2 bis 2,5 fache günstiger ist. Ich werde mich deswegen, wenn es nötig ist, an den Gouverneur der Oblast Rostow wenden, damit von dort aus unterstützt wird“, sagte Puschilin.

Er fügte hinzu, dass die Behörden der Republik die Absicht haben, eine zentralisierte Lieferung von Gemüse und Obst aus der Oblast Cherson zu „normalen Preisen“ zu organisieren.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass in der DVR ein zentraler Stab zur Preisbildung eingerichtet worden war.

17:35 de.rt.com: **Medizinische Fachschule und Studentenwohnheim in der Volksrepublik Lugansk unter Beschuss**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Stadt Stachanow in der Volksrepublik Lugansk mit HIMARS-Raketen beschossen haben. Dabei seien ein Gebäude der medizinischen Fachschule, ein Studentenwohnheim, mehrere Wohngebäude sowie Infrastruktur getroffen worden. Dies [berichtete](#) die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung am Donnerstag auf Telegram. Dank der Tatsache, dass die Fachschüler zu Hause online studieren, sei niemand verletzt worden, hieß es. Auf [Fotos](#), die die Vertretung veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.

abends:

18:01 de.rt.com: **Deutschland liefert Raketenwerfer und gepanzerte Fahrzeuge an Ukraine**

Deutschland wird nach Angaben von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht zwei weitere Mehrfachraketenwerfer Mars sowie 50 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo an die Ukraine liefern. Zudem würden Kiew auch 200 Raketen für die Mehrfachraketenwerfer überlassen, [sagte](#) die SPD-Politikerin am Donnerstag in Berlin.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 15.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 210 Geschosse** mit Panzern und Rohrtillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 2 Zivilisten und 3 wurden verletzt**. 8 Gebäude und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit wurden **7 Verteidiger der Donezker Volksrepublik verletzt**.

18:33 de.rt.com: **DVR:Ukrainische Streitkräfte beschießen Swetlodarsk**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Stadt Swetlodarsk in der Volksrepublik Donezk unter Beschuss genommen haben. Bei dem Angriff sei eine Frau ums Leben gekommen und drei weitere verwundet worden. Dies [verkündete](#) das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der DVR. Außerdem seien sechs Wohnhäuser beschädigt worden. Auf [Fotos](#), die die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen auf Telegram veröffentlichte, sind die Zerstörungen zu sehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63232a7248fbef5b621235ab.jpg>
g

Eine zerstörte Brücke in der Nähe des Ulegorsk-Kraftwerkes in Swetlodarsk

18:59 de.t.com: **Ukrainische Armee beschießt Strafkolonie in Donezk**

Die ukrainischen Truppen haben eine Justizvollzugsanstalt in Donezk beschossen. Das [teilte](#) das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk (DVR) auf Telegram mit.

"Heute gegen 9 Uhr wurde die Donezker Strafkolonie des Staatlichen Strafvollzugsdienstes des Justizministeriums der DVR erneut von ukrainischen bewaffneten Verbänden beschossen. Es gab keine Verletzten unter den Verurteilten und dem Personal."

19:08 de.rt.com: **Zwei Schulen in Donezk unter Beschuss**

Bei dem Beschuss des Zentrums von Donezk seien zwei Schulen beschädigt worden, in einer der Schulen seien Fenster zerbrochen. Dies [teilte](#) der Leiter der Verwaltung von Donezk, Alexei Kulemsin, am Donnerstag auf seinem Telegram-Kanal mit. Insgesamt seien bei dem Angriff sechs Geschosse des Kalibers 155 Millimeter abgefeuert worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63233affb480cc51bb0618bf.jpg>
Einwohner der Stadt Gorlowka in der Volksrepublik Donezk säubern das Gelände der Schule

Nummer 16 nach dem Beschluss durch die ukrainischen Streitkräfte am 25. August 2015

19:36 de.rt.com: **"Das ist absolute Gesetzlosigkeit" – Bulgarische Bauern protestieren gegen EU-Importe von ukrainischem Getreide**

Landwirte haben am Mittwoch mit ihren Traktoren in Stara Sagora demonstriert, um gegen die "absolute Gesetzlosigkeit" der ukrainischen Getreideimporte zu protestieren. Auf den Straßen war eine große Anzahl von Traktoren zu finden, die von der Polizei bewacht wurden. Radostina Jekova, eine Landwirtin und Vertreterin der Gewerkschaft der Getreideerzeuger in Dobudja sagte:

"Wir wollen, dass sich die gesamte EU an die Gesetze bezüglich der Importe aus der Ukraine hält, die nicht nur die europäische, sondern auch die bulgarische Landwirtschaft zerstören." Der Protest wurde von der Nationalen Vereinigung der Getreideproduzenten (NGPA) organisiert, die regionalen Organisationen aus ganz Bulgarien vereint und die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder schützt. Auf der Kundgebung wurde gefordert, die Einfuhr von Getreide, das mit Pestiziden behandelt wurde, im Einklang mit dem geltenden EU-Recht zu verbieten.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257875&hash=8b92b6c5ebed03fa" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257875

20:00 de.rtt.com: **Gasumlage: Habeck spielt auf Zeit – Abschlagszahlungen erst Ende Oktober**

Theoretisch sind die ersten Abschläge für die Gasumlage schon im September möglich, doch Wirtschaftsminister Robert Habeck will diese nun später einziehen. Habeck spielt damit auf Zeit, um den Kreis der berechtigten Firmen einschränken zu können.

Eigentlich sind die ersten Umschläge der Gasumlage bereits ab September möglich. Doch wie aus einem Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums hervorgeht, sollen die ersten Abschlagszahlungen auf Ende Oktober verschoben werden. Wie es laut Entwurf heißt, sollen die Abschlagszahlungen "nicht vor dem 31. Oktober 2022 fällig" werden. Im Entwurf heißt es weiter:

"Etwaig entstehender Finanzierungsbedarf der Gasimporteure durch die Verschiebung der Fälligkeit ist grundsätzlich von diesen selbst zu tragen."

Sofern die Unternehmen zusätzliche "Finanzinstrumente" in Anspruch nehmen, werde der Bund bei Vorlage der rechtlichen Voraussetzungen "erforderliche Maßnahmen ergreifen". An der Einführung der Gasumlage selbst zum 1. Oktober will Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hingegen nichts ändern. Die Umlage wurde geplant, um Unternehmen zu stützen, die wegen der hohen Gaspreise in Schwierigkeiten geraten. Die Umlage ist derzeit auf rund 2,4 Cent pro Kilowattstunde für alle Gasnutzer festgelegt. Habeck ist derzeit damit beschäftigt, den Kreis der berechtigten Unternehmen einzuschränken, denn eigentlich sollten nur Unternehmen profitieren, die auch wirklich in Not sind.

Habeck will die Umlage aufgrund dessen noch einmal entsprechend überarbeiten und den Kreis der Unternehmen entsprechend einschränken. Einige Firmen machen riesige Profite, sodass sie die Verluste durch den teuren Gaseinkauf kaum spüren. Werden diese ausgeschlossen, ändert sich der Betrag der Gasumlage zumindest leicht. Weiterhin müssen Änderungen mit der EU geklärt werden. Bei der derzeitigen Version der Umlage ist auch unklar, wie Kunden mit langfristigen Verträgen oder mit Fernwärme-Lieferungen behandelt werden. Im derzeitigen Gesetz gilt dies als nicht ausreichend verankert.

Der Bundestag könnte sich noch Ende September mit der Umlage beschäftigen. Der Bundesrat würde dann im Laufe des Oktobers darüber abstimmen, die Abschläge würden rückwirkend gelten. Die Ampelkoalition steht jedoch unter Druck, angeschlagenen Gasimporteuren wie Uniper oder VNG zusätzlich zu helfen. Auch aus Sicht der Union bleibt jedoch das gesamte Konzept hinter der Gasumlage falsch, hektische Nachbesserungen würden diese nicht verbessern. Die Umlage müsse abgeschafft werden, so Fraktionsvize Jens Spahn (CDU).